

„DIE WAHLEN MÜSSEN SCHON VORHER
ENTSCHIEDEN WERDEN!“

Das erste Nachkriegsjahr im Bezirk Ústí nad Labem und der Wahlsieg
der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (1945/46)

Um den ‚Siegreichen Februar‘ der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (Komunistická strana Československa, KSČ, KPTsch) im Jahre 1948 zu erklären, haben die Historiker in der Vergangenheit vor allem den Blick nach Prag gerichtet.¹ Ihr Interesse konzentrierte sich auf die Entscheidungsträger in Parteien, Verwaltung und Wirtschaft. Die Tätigkeit regionaler Parteiorganisationen und Verwaltungsbehörden sowie Reaktionen der dortigen Bevölkerung auf die politische und gesellschaftliche Entwicklung weckte dagegen kaum ihr Interesse. Ein regionalgeschichtlicher Ansatz, wie er sich in der deutschen NS-Forschung etabliert hat, kann die Analyse der kommunistischen Machtdurchsetzung in der Tschechoslowakei allerdings um einige Sichtweisen und Erkenntnisse ergänzen und differenziertere Erklärungsmuster als die bislang vorherrschende Vorstellung von einer kaltblütig operierenden KPTsch und einem allmächtigen Staatssicherheitsapparat bieten.²

Der vorliegende Beitrag beschreibt einen wichtigen Etappensieg der KPTsch auf dem Weg zur Macht am Beispiel des nordböhmisches Bezirks Ústí nad Labem (Aussig)³: das erste Nachkriegsjahr und die für die Partei erfolgreichen Wahlen zur

¹ Der Beitrag ist Ergebnis einer Vorstudie zu den Möglichkeiten einer Erforschung der kommunistischen Machtdurchsetzung in der tschechoslowakischen Region, die der Verfasser von Oktober 1999 bis Februar 2000 für das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (Dresden) durchführte. Ich danke Doc. PhDr. Zdeněk Radvanovský, PhDr. Vladimír Kaiser, Adrian von Arburg, M. A., und Andreas Wiedemann, M. A., für die kritische Durchsicht des Manuskripts.

² Zu gängigen Erklärungen der kommunistischen Machtdurchsetzung in der Tschechoslowakei vgl. u. a. *Heumos*, Peter: Die große Camouflage? Überlegungen zu Interpretationsmustern der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei im Februar 1948. In: *Schmidt-Hartmann*, Eva (Hg.): *Kommunismus und Osteuropa. Konzepte, Perspektiven und Interpretationen im Wandel*. München 1994, 221-241 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 76). – Zur Hervorhebung der Rolle des Geheimdienstes in jüngster Zeit vgl. u. a. *Hanzlík*, František: *Únor 1948. Výsledek nerovného zápasu* [Februar 1948. Ergebnis eines ungleichen Kampfes]. Praha 1997, und *Kaplan*, Karel: *Pět kapitol o únoru* [Fünf Kapitel über den Februar]. Praha 1997.

³ Der Bezirk Ústí nad Labem umfasste nach der Verwaltungsgliederung von 1948 neben dem Stadtkreis Ústí nad Labem 87 Gemeinden. Der Stadtkreis zählte zu diesem Zeitpunkt 56328, die umliegenden Gemeinden 36541 Einwohner. Vgl. *Státní úřad statistický* [Staatliches Amt für Statistik] (Hg.): *Seznam obcí v zemi České. Podle stavu z počátku roku 1948* [Verzeichnis der Gemeinden in den böhmischen Ländern. Nach dem Stand vom Anfang des Jahres 1948]. Praha 1948, 145-147.

Verfassungsgebenden Nationalversammlung im Mai 1946. Der Bezirk war von mehreren Faktoren unmittelbar geprägt, die der Forschungsliteratur zufolge für den Ausgang der Wahlen und die Diktaturdurchsetzung in der Tschechoslowakei entscheidend waren. Dazu zählen eine prägende Erfahrung der tschechischen Bevölkerung mit der NS-Herrschaft, die demographische Umwälzung durch die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung und die Ansiedlung Zehntausender Tschechen, Slowaken und Roma sowie eine national und sozial radikalisierte Industriearbeiterschaft.⁴ Die KPTsch gewann auf gesamtstaatlicher Ebene 38,5 Prozent der Wählerstimmen – im Bezirk Ústí verbuchte sie mit 55,02 Prozent der abgegebenen Stimmen einen noch größeren Erfolg.

Doch war der überwältigende Sieg der Partei ein Beweis für die planmäßige Ausschaltung argloser Gegner und eine Täuschung der Wähler? Oder spielten kompliziertere Strukturen und Verhaltensmuster eine Rolle, die der KPTsch diesen ersten ‚Etappensieg‘ erleichterten? Anhand von Quellenmaterial, das überwiegend aus dem Stadtarchiv Ústí nad Labem und dem Archiv des Innenministeriums in Prag⁵ stammt, werden im Folgenden einige im ersten Nachkriegsjahr wesentliche Entwicklungsmerkmale des Bezirks skizziert sowie in einem Fazit mit der gesamtstaatlichen Entwicklung verglichen.

Die Nationalausschüsse – Instrumente des Partei- oder des Volkswillens?

Am 9. Mai 1945 hießen Vertreter des Revolutionären Nationalausschusses der Stadt Ústí nad Labem die einrückenden Panzer der Roten Armee willkommen. Zu kämpfen brauchten die sowjetischen Soldaten nicht mehr, bereits am Vortag hatten die deutschen Behörden die Stadtverwaltung dem kurz zuvor gebildeten Organ kampflos übergeben. Die eingetroffenen ‚Befreier‘ mischten sich in der Folgezeit – so der erste Eindruck – kaum in die Arbeit der provisorischen tschechischen Verwaltung ein.⁶ Als Verbindungsmann zwischen dem Revolutionären National-

⁴ Eine gute Zusammenfassung der Gründe für den Wahlsieg der KPTsch bietet *Lazna*, Michael J.: *Causes of the Communist Victory in the 1946 Czechoslovak Election*. Ph.D. Thesis, George Washington University 1971. – Einen profunden Gesamtüberblick über die Entwicklung bis 1948 bietet *Kaplan*, Karel: *Der kurze Marsch. Kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei 1945-1948*. München 1981 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 33). – Siehe auch *Myant*, Martin R.: *Socialism and Democracy in Czechoslovakia, 1945-1948*. Cambridge u. a. 1981. – *Bloomfield*, Jon: *Passive Revolution. Politics and the Czechoslovak Working Class 1945-1948*. London 1979.

⁵ Das Státní ústřední archiv [Staatliches Zentralarchiv] in Prag war zur Zeit der Recherche für diesen Beitrag nur sehr begrenzt zugänglich, weshalb aus seinen Beständen nur wenige Dokumente ausgewertet werden konnten.

⁶ Siehe hierzu auch *Kaiser*, Vladimír: *Das Kriegsende und die Vertreibung der Deutschen aus dem Aussiger Gebiet*. In: *Brandes*, Detlef/*Ivaničková*, Edita/*Pešek*, Jiří (Hgg.): *Erzwungene Trennung. Vertreibungen und Aussiedlungen in und aus der Tschechoslowakei 1938-1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien*. Essen 1999, 201-217, hier 204 (Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission 8. Zugleich: Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 15). – *Na prahu nového života. Historické události květen 1945. Ústí nad Labem [An der Schwelle zu einem neuen Leben. Die historischen Ereignisse im Mai 1945. Ústí nad Labem]*. Ústí nad Labem 1965, 83 f.

ausschuss und den sowjetischen Truppen fungierte ein Kommunist.⁷ Nachdem die nach dem Krieg zugelassenen Parteien in Prag eine Nationale Front gebildet hatten, formierten sich die politischen und Verwaltungsapparate in den böhmischen und mährischen Regionen nach demselben Muster: an der Spitze standen der Landesnationalausschuss (*Zemský národní výbor – ZNV*) für Böhmen in Prag und der für Mähren in Brno (Brünn), denen die Bezirksnationalausschüsse (*Okresní národní výbor – ONV*) untergeordnet waren. Die letzten Glieder der Kette bildeten die örtlichen Nationalausschüsse (*Místní národní výbor – MNV*) auf Stadt- und Gemeindeebene.

Innerhalb kürzester Zeit bildete sich auch im Bezirk Ústí nad Labem ein System von Nationalausschüssen in Städten und Gemeinden heraus. Der MNV der Stadt Ústí nad Labem gründete sich am 16. Mai 1945. Für den Bezirk Ústí nad Labem war zunächst eine Bezirksverwaltungscommission (*Okresní správní komise – OSK*) zuständig, die ihren Sitz ebenfalls in der Stadt hatte. Bezirksverwaltungscommissionen wurden in den Gebieten gebildet, in denen nach Definition der Regierung eine mehrheitlich ‚staatlich unzuverlässige‘ Bevölkerung lebte und in denen es wegen der noch zu wenigen Neusiedler nicht möglich war, von der dort ansässigen (tschechoslowakischen) Bevölkerung Bezirksnationalausschüsse wählen zu lassen. Die Verwaltungscommissionen waren somit eine typische Erscheinung der ehemals mehrheitlich von Deutschen besiedelten Grenzgebiete. Ihre Mitglieder ernannte das Innenministerium.⁸

Die Funktionsträger in den MNV und der OSK bzw. ab Ende September 1945 dem ONV rekrutierten sich aus Mitgliedern der in der Nationalen Front vertretenen Parteien. Den MNV in der Stadt Ústí nad Labem führte Josef Vondra, ein wegen seiner Widerstandstätigkeit während der NS-Zeit von allen Parteien anerkannter Volkssozialist. Vondra hatte vor dem Anschluss der Grenzgebiete an Deutschland im Oktober 1938 in Ústí nad Labem gelebt und als Stadtrat gearbeitet. Während des Krieges gehörte er der Widerstandsorganisation *Ústřední výbor odboje domácího* (Zentralausschuss des heimatlichen Widerstands – *ÚVOD*) an. Im Frühling 1945 kehrte er nach Ústí nad Labem zurück und übernahm unter Zustimmung aller Parteien die Leitung des MNV.⁹

Bei der ersten Wahl zu diesem Gremium schien eine übergreifende Bewegung mit einem gemeinsamen Ziel zu existieren: ein Zeichen setzen für einen ‚volksdemokratischen‘ Neuanfang. Die Wahlen wurden in der Presse zu einer nationalen Manifestation verklärt. Alle Bürger, die älter als 18 Jahre waren und als ‚politisch zuverlässig‘ galten, durften am 15. Juli 1945 auf dem Edvard-Beneš-Platz über

⁷ *Ebenda* 31.

⁸ *Radvanovský, Zdeněk*: Ústí nad Labem v první etapě národní a demokratické revoluce [Aussig in der ersten Etappe der nationalen und demokratischen Revolution]. In: *Sborník Pedagogické fakulty v Ústí n. L. Řada historická* 1982. Praha 1982, 81-98, hier 85 f.

⁹ Vgl. zur Entwicklung in der Stadt und dem Bezirk Ústí nad Labem in den Jahren 1945-1948 vor allem: *Dějiny města Ústí nad Labem* [Geschichte der Stadt Aussig]. Zpracoval kolektiv autorů za redakce Kristiny *Kaiserové* a Vladimíra *Kaisera* [bearbeitet von einem Autorenkollektiv unter der Redaktion von Kristina *Kaiserová* und Vladimír *Kaiser*]. Ústí nad Labem 1995, 224.

ihre politischen Repräsentanten abstimmen. Die Mehrheit der Deutschen und vermeintliche oder tatsächliche tschechische Kollaborateure waren von der Wahl ausgeschlossen. Es herrschte eine feierliche Stimmung, und die Aufwertung des Ereignisses durch die Anwesenheit prominenter Regierungsmitglieder zeigte, wie wichtig der Regierung das Industriezentrum Ústí nad Labem war.¹⁰ Die Kandidatenliste hatte ein Koordinationsausschuss der Nationalen Front vorher zusammengestellt, der anwesenden Bevölkerung blieb die Bestätigung der Kandidaten – oder deren geschlossene Ablehnung. Einmütig votierte sie für die von den Parteien der Nationalen Front aufgestellten Personen. Daraufhin zogen 13 Volkssozialisten, 14 Sozialdemokraten und 15 Kommunisten in den örtlichen Nationalausschuss ein.¹¹

Durch die Akklamation änderte sich der Charakter des Gremiums. Waren seine Mitglieder direkt nach dem Krieg aufgrund ihres Bekanntheitsgrades und ihres Engagements im Widerstand beteiligt gewesen, so bildete sich nun wie auf gesamtstaatlicher Ebene ein parteipolitisch-paritätisches System heraus. Da die Volkspartei in der Stadt kein regionales Netz besaß, blieb sie zunächst außen vor. Den Kommunisten, so die tschechoslowakische Literatur der achtziger Jahre, sei sehr wohl klar gewesen, dass die paritätische Regelung keinesfalls dem tatsächlichen Kräfteverhältnis entsprach, doch hätten sie sich auf diese Weise als demokratische Kraft etablieren und gleichzeitig die anderen Parteien zur Erfüllung ihrer „revolutionären Aufgaben“ zwingen können.¹² Angesichts dieses rigiden Führungsanspruches begannen die Auseinandersetzungen augenblicklich nach der ‚Wahl‘. Es ging dabei um die Personalpolitik im Nationalausschuss – und damit um den möglichst erfolgreichen Ausbau der eigenen Position in diesem Gremium. Der Streit wurde vor allem zwischen Volkssozialisten und Kommunisten geführt.

In offener Abstimmung einigten sich die Parteien zunächst gemeinsam darauf, dass Vondra Vorsitzender blieb und seine drei Vertreter aus den Reihen der KPTsch und der Volkssozialisten stammen sollten. Zu dieser Zeit war vorgesehen, in den Nationalausschüssen die Posten der Stellvertreter paritätisch mit Funktionären der Parteien zu besetzen, die nicht den Vorsitzenden stellten. Die KPTsch setzte mit Hinweis auf die fehlende Volkspartei und auf ihre Stärke durch, dass sie zwei und die Sozialdemokraten einen Vertreter in die MNV-Führung entsandten. Damit war ein Übergewicht der KPTsch gesichert. Statt angesichts der Existenz von nur drei Parteien in Ústí nad Labem darauf zu bestehen, diesen Posten nicht zu besetzen, nahmen Volkssozialisten und Sozialdemokraten den Machtverlust in Kauf.

Ferner herrschte zwischen KPTsch und Volkssozialisten Uneinigkeit über die Verteilung der Fachreferate.¹³ Hier erwies sich die KPTsch einmal mehr als souveräne

¹⁰ Die Reden sind abgedruckt in: Předvoj vom 18.7.1945.

¹¹ Dějiny města Ústí nad Labem 225 (vgl. Anm. 9).

¹² Radvanovský, Zdeněk: Cesta ústeckých komunistů za vítězstvím ve volbách do ústavodárného národního shromáždění v květnu 1946 [Der Weg der Aussiger Kommunisten zum Sieg in den Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung im Mai 1946]. In: Sborník Pedagogické fakulty v Ústí n. L. 1985 [Sammelband der Pädagogischen Fakultät in Aussig 1985]. Praha 1985, 161-182, hier 165 (Rada marxismu-leninismu).

¹³ Ders.: Ústí nad Labem 91 (vgl. Anm. 8).

Vertreterin von Machtinteressen. Ihre Taktik bestand wie auf gesamtstaatlicher Ebene darin, Schlüsselpositionen unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Auswertung der Personalbesetzung der OSK bzw. des ONV Ústí nad Labem belegt, dass die KPTsch vor allem die Kontrolle über die Polizei bzw. Staatssicherheit und Information bzw. Bildung erlangte.¹⁴ Eine Kontrolle dieser Felder war zwar nicht der einzige, aber ein wichtiger Grund für den gesellschaftlichen Einfluss der Partei. Im MNV Ústí nad Labem setzte sie zudem einen ihrer Genossen als Leiter des Gewerbereferates durch: Um diese Abteilung hatte es den größten Streit gegeben, da die Volkssozialisten die Interessenvertretung der mittleren und kleineren Kaufleute sichern wollten.¹⁵

Die Gründung der Volkspartei in der Stadt Ústí nad Labem Ende 1945 änderte nichts an der Dominanz der KPTsch. Im Gegenteil bewirkte sie indirekt einen weiteren Schub zu ihren Gunsten, da die Volkspartei nun aufgrund der paritätischen Besetzung ebenfalls Sitze im MNV verlangte. Aus diesem Grund wurden für den 6. Januar 1946 Neuwahlen zum MNV ausgeschrieben, die freilich wiederum nur eine Akklamation der zuvor unter den Parteien beschlossenen Regelungen darstellen sollten. Doch die Bevölkerung zeigte an dieser Form der Willensbekundung kein Interesse mehr: Kaum jemand fand sich ein, um dem Wahlakt beizuwohnen. Es kamen so wenige Menschen, dass die Aktion am ursprünglich geplanten Veranstaltungsort lächerlich gewirkt hätte und die Abstimmung in das städtische Theater verlegt wurde. Nicht einmal zwei Prozent der Wahlberechtigten seien anwesend gewesen, klagte das regionale KPTsch-Blatt „Sever“ (Der Norden) und nannte die schwache Beteiligung an den Wahlen zum MNV in einer so großen Stadt wie Ústí nad Labem „bestürzend“.¹⁶ Am Ergebnis, dies stellte das Vorgehen der Nationalausschüsse sicher, änderte dieses offenkundige Desinteresse der Menschen allerdings nichts: Alle Kandidaten wurden bestätigt.

Hinter den Kulissen entzündete sich derweil Parteienstreit am Posten des Vorsitzenden. Vondra diente den Volkssozialisten als Aushängeschild. So gab sich das „Svobodné slovo“ (Das Freie Wort) am 16. Dezember 1945 davon überzeugt, dass die Partei bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung wieder die führende Position in der Region einnehmen werde, die sie vor 1938 gehabt hatte – und verwies auf die Arbeit des MNV unter Vondra. Insofern gab es für die KPTsch Grund zu der Sorge, der populäre MNV-Vorsitzende könne sie Wählerstimmen kosten. Bald machte sich in Ústí nad Labem eine Frontbildung bemerkbar, wie sie der politischen Entwicklung in Prag entsprach: Kommunisten und Sozialdemokraten zogen an einem Strang, Volkssozialisten und Volkspartei am anderen. Den offenen Konflikt wagten aber nur die Kommunisten. Nach der Wahl schlugen sie den sozialdemokratischen Politiker Josef Krkoška für das Amt des MNV-Vorsitzenden vor. Die einen Monat zuvor getroffene Absprache der Parteien, Vondra nach der Wahl als Vorsitzenden zu bestätigen, interessierte nicht mehr.

¹⁴ Dies ergab eine Auswertung der Sitzungsprotokolle des ONV-Rates vom 18.6.1945, 9.11.1945 und 8.8.1946. AM Ústí nad Labem.

¹⁵ Vgl. Dějiny města Ústí nad Labem 225 (vgl. Anm. 9).

¹⁶ Sever vom 7.1.1946.

Es folgte ein Schlagabtausch im Plenum des MNV, der die selbstverschuldete Schwäche der Volkssozialisten symbolisierte. Von deren halbherziger Gegenwehr zeigten sich weder Kommunisten noch Sozialdemokraten beeindruckt.¹⁷ Die neu im MNV vertretene Volkspartei schlug sich auf die Seite der Volkssozialisten: Die Vereinbarung vom 12. Dezember 1945 gelte, man dürfe nicht wie die „Nazis“ (sic!) Verträge als „wertloses Stück Papier“ betrachten. Da der Nationalausschuss aber nicht in zwei streitende Blöcke zerfallen dürfe, solle in geheimer Wahl zwischen beiden Kandidaten abgestimmt werden.

Von 48 Stimmen entfielen 25 auf Krkoška und 23 auf Vondra, die KPTsch setzte sich somit knapp durch. Absprachen innerhalb der Nationalen Front, dies zeigte sich hier recht früh, waren eine Farce. Statt aber diesem offenen Angriff energisch zu begegnen, zogen sich Volkssozialisten und Volkspartei zurück: Die Stellvertreter Krkoškas wurden wieder per Akklamation gewählt, und die MNV-Mitglieder sprachen sich für je einen Vertreter der KPTsch, der Volkssozialisten (Vondra) und der Volkspartei einstimmig aus. Das durch die Entmachtung Vondras getrübte Bild sollte offenbar gleich wieder korrigiert werden.¹⁸ Gesiegt hatte indes die KPTsch, die ihrem Ziel einer Kontrolle über den MNV näher kam und das Gremium nun über den Sozialdemokraten Krkoška beeinflussen konnte.

Nicht viel anders verhielten sich die Regionalpolitiker auf Bezirksebene. Der am 18. Juli 1945 einberufenen Bezirksverwaltungscommission saß die Kommunistin Marie Vobecká vor. Erst am 30. September 1945 wurde der neue ONV gewählt, der am 3. November seine Arbeit aufnahm und die OSK ablöste. Personell veränderte sich allerdings nichts, die führenden Kräfte blieben dieselben. Die Parteien waren auch hier in jeder Kommission paritätisch vertreten.¹⁹ Auch im OSK spielte die nationale Manifestation der Einheit eine große Rolle, gefragt war zumindest offiziell eine gemeinsame Arbeit ohne Rücksicht auf die parteipolitischen Kräfteverhältnisse.²⁰ Freilich stritten sich die Parteien auch hier um Personalpolitik. Dieser galt in jener Zeit zu Recht ihre vorrangige Sorge: waren doch die Nationalausschüsse die entscheidenden Instanzen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in der Tschechoslowakei. Wer sie dominierte, kontrollierte die Macht im gesamten jeweiligen Geltungsbereich.

Die Parteienlandschaft – Dominanz der KPTsch

Die dominierende Position der KPTsch in den Nationalausschüssen der Region war nicht von Anfang an vorauszusehen. Die Partei besaß im Bezirk unmittelbar nach Kriegsende außer in einigen hauptsächlich von Arbeitern bewohnten Gemeinden kaum eine Hausmacht, vor allem in der Stadt Ústí nad Labem war ihre Position traditionell schwach. Zunächst dienten ihr somit nur die Vorkriegshoch-

¹⁷ Protokoll der konstituierenden Sitzung des MNV v Ústí nad Labem vom 3.3.1946. AM Ústí nad Labem, MNV, Plenum MNV, 1.1.1946-3.7.1946, Bl. 10-13.

¹⁸ *Ebenda* 18-20.

¹⁹ Dějiny města Ústí nad Labem 226 (vgl. Anm. 9).

²⁰ *Ebenda* 227.

burgen als Basen für den Nachkriegsaufbau. Auch die Volkssozialisten reaktivierten im Mai 1945 die alten Ortsgruppen. Diese Feststellung gilt vor allem für die Stadt Ústí nad Labem, wo sie im Gegensatz zur KPTsch sehr stark verankert waren und mit Vondra einen prominenten Politiker als MNV-Vorsitzenden stellten. Zu dieser Zeit war ein entschiedenes Auftreten gegen die KPTsch somit möglich. Die Sozialdemokraten hatten am 12. August 1945 ihre Kreiskonferenz veranstaltet und bauten zunächst 23 örtliche Gruppen wieder auf. Als letzte Partei ist die Volkspartei zu nennen, die in der Region allerdings sehr schwach vertreten war.

Mitgliederzahlen liegen im Falle der Volkssozialisten und der Sozialdemokraten bisher nur für die Parteiverbände auf Kreisebene²¹ vor, aber da alle Bezirke der Kreisorganisationen Ústí nad Labem im Grenzgebiet lagen, waren sie mit denselben Voraussetzungen konfrontiert. Diese bestanden aus dem Fehlen einer offiziellen tschechischen Parteiorganisation zwischen 1938 und 1945, einer politisch entrechteten deutschen Bevölkerungsmehrheit, einer schwachen alteingesessenen tschechischen Minderheit und einer starken Zuwanderung von Tschechen, Slowaken und Roma aus anderen Landesteilen. Vor diesem Hintergrund können die Zahlen auf Kreisebene mit Einschränkung auch für die Bezirke als repräsentativ gelten. Danach zählten im September 1945 die KPTsch 16 880, die Volkssozialisten 9 800 und die Sozialdemokraten 5 000 Mitglieder.²² Über die Struktur der Volkspartei ist aufgrund der schlechten Quellenlage bisher nichts bekannt, sie war aber mit Sicherheit die schwächste Partei in der Region. Bis zum Juni 1946 stieg die Mitgliederzahl der KPTsch auf 69 481, die der Sozialdemokraten auf 23 562, und die Volkssozialisten zählten im April 1946 30 729 Mitglieder in ihren Reihen.²³ Eine Aufstellung des ONV-Referates für Sicherheit lässt darauf schließen, dass Volkssozialisten und Sozialdemokraten im Zeitraum 1945 bis 1948 außerhalb des Stadtbereichs und des ONV (bzw. der OSK) nur selten eine befriedigende Position erringen konnten. Dieser Erfolg der KPTsch ist zu einem wesentlichen Teil mit dem umfassenden Ausbau ihrer Parteiorganisation zu begründen. Sie entsandte mit Květoslav Innemann und Marie Vobecká zwei fähige Funktionäre nach Ústí nad Labem: Innemann

²¹ Den Kreis Ústí nad Labem bildeten die Bezirke Ústí nad Labem, Bilina (Bilin), Děčín (Tetschen), Duchcov (Dux), Chomutov (Komotau), Most (Brüx) und Teplice (Teplitz).

²² *Markvart*, Jaroslav: *Cestou bojů a vítězství* [Auf dem Weg der Kämpfe und des Sieges] (Květoslav Innemann 1910-1971). In: *Historický sborník II. Z minulosti Ústecka* [Historischer Sammelband II. Aus der Vergangenheit des Aussiger Gebietes]. Ústí nad Labem 1988, 109-117, hier 113.

²³ KPTsch-Mitgliederstandsliste für den KPTsch-Kreis Ústí nad Labem vom 12. 6. 1946. Státní ústřední archiv [Staatliches Zentralarchiv, weiter SÚA], Ústřední výbor KSČ [Zentralkomitee der KPTsch, weiter ÚV KSČ], organizační oddělení [Organisationsreferat] M. Švermová, Inv.-Nr. 252, Bd. 41, Bl. 16. – *Vošablíková*, Pavla: *Československá sociální demokracie a Národní fronta* [Die tschechoslowakische Sozialdemokratie und die Nationale Front]. Praha 1985, 186. – SÚA, Archiv Československé strany socialistické [Archiv der Tschechoslowakischen Volkspartei], Karton 74, Pozice strany [Stellung der Partei] 1945-1948, Heft „Stav členů v dubnu 1946“ [Mitgliederstand im April 1946], nicht paginiert. – Ich danke Adrian von Arburg für die Information über den Mitgliederstand der Volkssozialisten im April 1946.

baute innerhalb kürzester Zeit auf Kreis- und Bezirksebene eine schlagkräftige Organisation auf.²⁴ Vobecká, die zuvor in Ústí nad Labem gelebt hatte, übernahm die Leitung der OSK bzw. des ONV.

Der Aufbau des KPTsch-Kreises Ústí nad Labem verlief offenbar unter großen Schwierigkeiten. In einer Sitzung des Organisationsausschusses des Parteikreisverbandes am 16. Dezember 1945 wurde deutlich, dass nicht einmal die Mitgliederzahlen in einzelnen Gemeinden bekannt waren. Wegen der großen Zahl von Neusiedlern gab es auch keinen genauen Überblick über die Bevölkerungsverhältnisse in den Grenzgebieten. Noch schlimmer sei die Lage in den Betrieben. Noch am 20. Januar 1946 wurde der KPTsch-Bezirk Ústí nad Labem als politisch-organisatorisch „sehr schwacher Bezirk“ des Parteikreises bezeichnet.²⁵

Doch Innemann formulierte die Ziele deutlich: „In den Betrieben schlagen wir die Nachkriegsschlacht.“²⁶ Dort wollte er den unmittelbaren Zugriff auf die Arbeiterschaft der Region sicherstellen. Dieser mit tatkräftiger Unterstützung der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung (Revoluční odborové hnutí – ROH) eingeschlagene Weg war, wie sich bald zeigte, Erfolg versprechend. Vor den Wahlen 1946 ordnete die Kreiskommission Ústí an: „Wir bauen Ortsorganisationen in den Orten und Betriebsorganisationen in den Betrieben auf, *wo es noch keine gibt* [...]“²⁷ Die Parole lautete: „Die Wahlen [im Mai 1946] müssen bereits vorher entschieden werden.“²⁸ Statt wie die anderen Parteien nur bestehende Positionen auszubauen, wollte die KPTsch sich auf Gegenden und Betriebe konzentrieren, deren politische Struktur noch formbar war. Einer späteren Änderung der Lage konnte sie angesichts der dann bereits gewonnenen Dominanz gelassen entgegensehen.

Die organisatorische Stärke der Partei beruhte in erster Linie auf der Masse der Neusiedler, aus deren Reihen die meisten der neuen KPTsch-Mitglieder stammten. Sie wurden von den Parteiagitatoren umworben und betrachteten die Kommunisten als Garanten ihrer Interessen.²⁹ Aus diesem Grund und wegen der engen Verbindung der Partei mit den ROH-Organisationen in den Betrieben stiegen auch die Mitgliederzahlen rapide. Hatten im Parteikreis Ústí nad Labem im Juni 1945 noch 52 Betriebsorganisationen existiert, so waren es ein Jahr später schon 266. Um für diese neuen Partei- und Betriebsorganisationen Mitglieder zu rekrutieren, führte die KPTsch vor ihrer ersten gesamtstaatlichen Nachkriegskonferenz eine Werbeaktion durch, die im Kreis sehr erfolgreich war.

²⁴ Vgl. zur Person dieses prominenten KPTsch-Funktionärs *Markevat*: *Cestou bojů a vítězství* 109-117 (vgl. Anm. 22).

²⁵ Organisationsbericht, Sitzung des Kreisorganisationsreferates in Ústí nad Labem am 20. 1. 1946. SÚA, ÚV KSČ, organizační oddělení M. Švermová, Bd. 41, Inv.-Nr. 254, Bl. 8-9, hier Bl. 9.

²⁶ *Ebenda* Bl. 6-7, hier Bl. 6.

²⁷ Protokoll der Sitzung des Organisationskomitees vom 20. 3. 1946. SÚA, ÚV KSČ, Organizační oddělení M. Švermová, Bd. 41, Inv.-Nr. 253, Bl. 3-6, hier Bl. 3. Hervorhebung vom Verfasser.

²⁸ *Ebenda*.

²⁹ *Na prahu nového života* 54 (vgl. Anm. 6).

Auch die ‚schwache‘ KPTsch-Bezirksorganisation Ústí nad Labem hatte sich zum Ziel gesetzt, 4000 neue Mitglieder anzuwerben, zehn weitere Betriebs- und zehn neue Ortsorganisationen aufzubauen.³⁰ Die Geschwindigkeit, mit der dann die entsprechenden Erfolgsmeldungen präsentiert wurden, stimmt nachdenklich: Bereits wenige Tage später meldete der „Sever“, dass 4000 neue Mitglieder, 13 neue Betriebsorganisationen und 1000 neue Abonnenten des Parteiblattes „Rudé Právo“ (Rotes Recht) gewonnen seien.³¹ Den der Öffentlichkeit präsentierten Zahlen darf also nicht ohne weiteres vertraut werden. Insgesamt war aber auch internen Angaben zufolge der Mitgliederzuwachs beträchtlich: Während im Parteikreis Mitte 1945 noch 16890 Mitglieder erhoben worden waren, stieg deren Zahl bis Ende Februar 1946 auf 51 593. Einen Monat nach den Wahlen zählte er schließlich 69 481 Menschen³² – im KPTsch-Bezirk Ústí nad Labem waren es Anfang April 1946 11 800.³³ Die Entsendung Innemanns machte sich offensichtlich bezahlt.

Somit hielt die KPTsch einen Wahlsieg für wahrscheinlich, wenn sie den Ausbau der Parteistrukturen und die Erhöhung der Mitgliederzahl erfolgreich forcierte. Die anderen Parteien lagen auf diesen wichtigen Gebieten zurück, weil sie nicht wie die KPTsch mit Nachdruck auf den quantitativen wie qualitativen Ausbau ihrer Organisation setzten und daher nicht die gleiche Präsenz im öffentlichen Leben des Bezirks erreichen konnten. Wer als Neusiedler in einem Betrieb zu arbeiten begann oder sich im öffentlichen Leben bewegte, nahm die KPTsch als dominierenden Faktor des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens wahr. Dies war, wie sich im Wahlkampf dann zeigte, ein wichtiger Grund für den Wahlerfolg – auch wenn der strenge Organisator Innemann zwei Monate nach der Wahl das politische und organisatorische Niveau des Kreises Ústí nad Labem als niedrig bezeichnete und zahlreiche Verbesserungen der Parteiarbeit forderte.³⁴

Die Propaganda – Instrumentalisierung des Hasses

Parteistrukturen und -kräfteverhältnisse waren jedoch nicht allein ausschlaggebend für die politische Lage im ersten Nachkriegsjahr. Unmittelbaren Einfluss auf das Leben der Bevölkerung hatte die wirtschaftliche und soziale Lage in der Region, die aufgrund der alliierten Bombenangriffe auf Ústí nad Labem schwerer von den Folgen des Weltkrieges betroffen war als die meisten anderen tschechoslowakischen Gebiete. Im September 1945 war Missstimmung in der Bevölkerung über die wirtschaftliche und soziale Lage bereits so weit verbreitet, dass dies dem Bezirks-

³⁰ Protokoll der Sitzung der Organisationskommission des KPTsch-Kreissekretariats Ústí nad Labem am 28.1.1946 vom 30.1.1946. SÚA, ÚV KSC, organizační oddělení M. Švermová, Bd. 41, Inv.-Nr. 253, Bl. 1 f.

³¹ Sever vom 5.2.1946.

³² KPTsch-Mitgliederstand zum 24.2. und 12.6.1946. SÚA, ÚV KSC, organizační oddělení M. Švermová, Bd. 41, Inv.-Nr. 252, Bl. 13 und 16. – Siehe auch Sever vom 23.3.1946.

³³ Protokoll der Sitzung des KPTsch-Kreis Ausschusses in Ústí nad Labem am 6.4.1946. SÚA, ÚV KSC, organizační oddělení M. Švermová, Bd. 41, Inv.-Nr. 254, Bl. 1 f.

³⁴ Protokoll der Sitzung des KPTsch-Kreis Ausschusses Ústí nad Labem am 27.7.1946. *Ebenda*, Bl. 19-25, hier Bl. 22.

verwaltungsausschuss Sorge bereitete. Er führte die negative Meinungslage auf die Enttäuschung der Menschen zurück, die sich nach dem Krieg eine schnellere Gesundung der Wirtschaft erhofft hatten.³⁵ Gerade viele der neu in die Region kommenden Menschen stellten Ansprüche: Im August 1945 berichtete der Bezirksnationalausschuss dem Prager Landesnationalausschuss ironisch, die Neuankömmlinge auf dem Land wünschten ein Häuschen mit Garten und in der Stadt eine Wohnung mit Zentralheizung.³⁶ Tatsächlich war es gerade die Wohnungsfrage, die allen Beteiligten zu schaffen machte. Infolge der Zerstörung von Wohnraum durch die Bombenangriffe entstand eine Wohnungsnot, die noch in den fünfziger Jahren nachwirkte.³⁷ Nur die Einquartierung von Tschechen in ehemals von Deutschen bewohnte Häuser milderte dieses Problem, trug aber gleichzeitig zu einer Verschärfung nationaler Spannungen bei.³⁸ Da zudem 48,77 Prozent der Bewohner des Bezirks in der Industrie und im Handwerk tätig waren, mussten die politischen Parteien vor allem die Arbeiter auf ihre Seite bringen.³⁹

Das besonders emotional diskutierte Thema in der tschechoslowakischen Nachkriegsgesellschaft war aber nicht die wirtschaftliche Lage, sondern die Aussiedlung der ehemaligen tschechoslowakischen Bürger deutscher Nationalität und die Ansiedlung sogenannter ‚national zuverlässiger‘ Menschen, womit vor allem Tschechen und Slowaken gemeint waren. In ihrer antideutschen Haltung waren sich alle politischen Kräfte und große Teile der Bevölkerung des Bezirks einig. Die Parteien wetteiferten um nationale und sozialistische Positionen und versprachen eine Lösung für alle wirtschaftlichen und sozialen Probleme: die schnellstmögliche Aussiedlung der Deutschen und die zügige Ansiedlung von ‚zuverlässigen‘ tschechoslowakischen Staatsbürgern.

Als der Revolutionäre Nationalausschuss im Mai 1945 seine Arbeit aufnahm, befanden sich unter seinen führenden Mitgliedern keine Deutschen. Anders verhielt es sich bei den Beschäftigten: Auf eine Aufforderung zur Mitarbeit meldeten sich 16 Tschechen und 36 deutsche Kommunisten. Aus Prag hatte eine Delegation sogar die ausdrückliche Erlaubnis mitgebracht, loyale Deutsche in den Dienst des Ausschusses zu stellen.⁴⁰ Noch am 17. Juni 1945 arbeiteten 23 Deutsche neben 66 Tschechen für die Bezirksverwaltungskommission. Deutsche meldeten sich für eine Mitarbeit am Aufbau neuer Strukturen, Arbeitsbestätigungen des Bezirksverwaltungsausschusses belegen, dass in mehreren Fällen Angebote zur Mitarbeit angenommen wurden. Dieses Gremium beschrieb noch Anfang Juli 1945 die Zusam-

³⁵ Bericht der OSK für September 1945. AM Ústí nad Labem, ONV, Inv.-Nr. 1176, Karton 342.

³⁶ Bericht der OSK für August 1945. *Ebenda*.

³⁷ Dějiny města Ústí nad Labem 265 (vgl. Anm. 9).

³⁸ Radvanovský, Zdeněk: Konec česko-německého soužití v ústecké oblasti 1945-1948 [Das Ende des tschechisch-deutschen Zusammenlebens im Aussiger Gebiet 1945-1948]. Ústí nad Labem 1997, 202 (Acta Universitatis Purkynianae 25).

³⁹ Angabe nach Sláma, Jiří/Kaplan, Karel: Die Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei 1935 – 1946 – 1948. Eine statistische Analyse. München 1986, 123 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 53).

⁴⁰ Dějiny města Ústí nad Labem 224 (vgl. Anm. 9).

menarbeit mit deutschen antifaschistischen Gruppen als gut, mehrere Deutsche würden in den kommunalen Diensten arbeiten.⁴¹

Jede langfristige Kooperation auf regionaler Ebene war aber bekanntlich zum Scheitern verurteilt. Bei der ersten Sitzung des Bezirksnationalausschusses am 8. Juni 1945 wurde die Anweisung aus Prag akzeptiert, keine Deutschen in die Nationalausschüsse aufzunehmen,⁴² wodurch die Zusammenarbeit auf die Beschäftigung einiger deutscher Mitarbeiter in untergeordneten Positionen beschränkt blieb. Eine stärkere Einbindung Deutscher hätte in der Tat der in jener Zeit vorherrschenden veröffentlichten Meinung und auch der Stimmung weiter Teile der tschechischen Bevölkerung nicht entsprochen. Antideutsche Schlagzeilen sämtlicher Zeitungen wiesen den Weg, die Autoren der Beiträge sprachen sich vehement gegen jegliche Zusammenarbeit aus.⁴³

Regionale Unterschiede sind in der Propaganda kaum auszumachen, die Parteien übernahmen meist die von ihren Prager Zentralen vertretenen Positionen.⁴⁴ Im ersten Nachkriegsjahr verging kaum eine Woche, in der die Presse nicht auf NS-Verbrechen hinwies und die Politik sudetendeutscher Nationalsozialisten thematisierte. Die „Severočeská Mladá fronta dnes“ (Nordböhmisches Junge Front heute) meldete beispielsweise am 20. April 1946 die Entdeckung eines Massengrabes beim Lager „Richard“ – einer Rüstungsproduktionsstätte nahe der nordböhmisches Stadt Litoměřice (Leitmeritz), in der KZ-Häftlinge eingesetzt worden waren. Dass solche Verbrechen die Gemüter erhitzen und eine starke Ablehnung gegen Deutsche zur Folge hatten, ist kaum verwunderlich. Bemerkenswert ist allerdings, dass sie dazu benutzt wurden, differenzierter urteilende Tschechen zu disziplinieren. So folgte das Blatt aus der Entdeckung der ermordeten NS-Opfer: Demjenigen, der sich für Deutsche einsetze, werde ein Besuch dieses Grabes empfohlen.⁴⁵

Ein besonders deutliches Beispiel für die Forderung nach öffentlicher Ächtung jeder Bekundung von Solidarität mit den Verfolgten lieferte ein Beitrag des Regionalteils Ústí nad Labem der volkssozialistischen Zeitung „Svobodné slovo“ am 14. Dezember 1945. Sein Verfasser betonte, es sei „strafwürdig“ (trestuhodně) mit Menschen auf offener Straße zu sprechen, die weiße Armbinden – das Kennzeichen für Deutsche – trügen. „Fragen Sie nur die, die hier während der Okkupation lebten, wie die Deutschen mit den Tschechen umgegangen sind!“⁴⁶ Anzumerken ist, dass solche Erscheinungen auch in anderen von der NS-Herrschaft befreiten Staaten und Gebieten zu beobachten waren.⁴⁷

⁴¹ Bericht der OSK für Juni 1945. AM Ústí nad Labem, ONV, Inv.-Nr. 1176, Karton 342.

⁴² 1. Sitzung des Bezirksnationalausschusses in Ústí nad Labem, 8.6.1945. AM Ústí nad Labem, ONV, Schůze okresního národního výboru v Ústí nad Labem [Sitzung des Bezirksnationalausschusses in Aussig]. Bd. 1, Bl. 1 ff.

⁴³ Předvoj vom 11.7.1945 und vom 23.6.1945.

⁴⁴ Vgl. z. B. Předvoj vom 23.6.1945.

⁴⁵ Severočeská Mladá fronta dnes vom 20.4.1946.

⁴⁶ Svobodné slovo vom 14.12.1945.

⁴⁷ Henke, Klaus Dietmar/Woller, Hans (Hgg.): Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg. München 1991.

Diese Beispiele zeigen jedoch, dass in der tschechoslowakischen Gesellschaft der Region Ústí nad Labem nach Kriegsende wenig Raum für eine differenzierte Sichtweise blieb. Die Parteien wetteiferten untereinander um das schärfste antideutsche Bekenntnis. Feindschaft bildete die Klammer, die alle Parteien zusammenhielt und zumindest in dieser Frage jede Diskussion über inhaltliche Unterschiede obsolet werden ließ. In der Forderung nach der Vertreibung der Deutschen trafen sich Kommunisten und Funktionäre der katholischen Volkspartei ebenso wie Volksozialisten und Sozialdemokraten. Diese Feststellung gilt für das Grenzgebiet, wo Tschechen und Deutsche unmittelbar miteinander in Berührung kamen, natürlich in besonderem Maße.

Meinungen und Stimmungen – Haltung gegenüber Deutschen

Die oben zitierten Stellungnahmen gegen eine ‚Verbrüderung‘ sind aber zugleich auch ein deutlicher Hinweis darauf, dass nicht alle Tschechen die deutsche Bevölkerung einheitlich beurteilten. Kaum hatte die Bezirksverwaltungscommission schärfere Maßnahmen gegen diese angekündigt, registrierte sie Tschechen, die zugunsten von Deutschen intervenierten. Oft handelte es sich um junge Männer, die für ihre deutschen Freundinnen sprachen.⁴⁸ Einige der Fürsprecher reichten Heiratsgesuche ein, andere erklärten Deutsche zu ‚verdienten‘ Mitbürgern, womit sie eine Abschiebung verhindern wollten. Dies führte im Bereich der SNB-Station Zálezly (Salesel) zu Misstrauen gegenüber Tschechen, die mit Deutschen verheiratet waren.⁴⁹

Andere Tschechen, auch Mitglieder der örtlichen Nationalausschüsse, verließen sich auf die Angaben deutscher Vertrauensleute, da es in den Jahren 1938 bis 1945 in manchen Gemeinden keine tschechische Minderheit gegeben hatte. Manche hatten deutsche Ehefrauen und bescheinigten ihren deutschen Verwandten eine antifaschistische Haltung, die zum Erwerb eines entsprechenden Ausweises berechtigte und Voraussetzung für die Gewährung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft war.⁵⁰ Ein solches Verhalten legten vor allem Tschechen an den Tag, die bereits lange in der Region gelebt hatten, während der Okkupationszeit dort geblieben waren und freundschaftliche sowie oft auch verwandtschaftliche Verbindungen zu deutschen Nachbarn pflegten. Dies führte zu Unstimmigkeiten unter tschechischen Alt- und Neusiedlern. Neuankömmlinge warfen beispielsweise im Bereich der SNB-Station Zálezly Altsiedlern vor, Deutsche zu unterstützen, was nach Ansicht von Angehörigen der Staatssicherheit „größtenteils“ nicht zutrafte.⁵¹ Diese Erscheinung war auch in anderen Gemeinden⁵² wie auch in anderen Teilen der Tschechoslowakei⁵³ zu

⁴⁸ Bericht der OSK für September 1945. AM Ústí nad Labem, ONV, Inv.-Nr. 1176, Karton 342.

⁴⁹ SNB-Meldung Zálezly für April 1946. *Ebenda*.

⁵⁰ Lagebericht der OSK für August 1945. *Ebenda*.

⁵¹ Beispielsweise Lagebericht der SNB-Station Zálezly für Februar 1946. *Ebenda*.

⁵² Lagebericht der SNB-Station Bukov (Pokau) für November 1945. *Ebenda*.

⁵³ *Pavelčíková, Nina: K vývoji Opavska a Hlučínska v poválečném období (1945-1948) [Zur Entwicklung im Troppauer Gebiet und im Hultschiner Ländchen in der Nachkriegszeit (1945-1948)]. In: Jech, Karel (Hg.): Stránkami soudobých dějin. Sborník statí k pětadesátinám historika Karla Kaplana [Blättern in der Zeitgeschichte. Aufsatzband zum 65. Geburtstag des Historikers Karel Kaplan]. Praha 1993, 173-185, hier 177.*

beobachten. Es gab durchaus Beschwerden von Seiten der tschechischen Bevölkerung über den Umgang mit den Deutschen; vor allem im Grenzgebiet bestand das Ziel in erster Linie darin, eine ordentliche Behandlung der Menschen zu erreichen.⁵⁴

Insgesamt gelte, so die Bezirksverwaltungscommission, dass die tschechische Bevölkerung die Berichte über den baldigen Abtransport „mit Freude“ aufnehme. Außerdem seien die Maßnahmen gegen Deutsche von der OSK auf Wunsch von Tschechen im Landesinneren beschlossen worden, da sich diese vor allem auf dem Land nicht sicher vor Deutschen gefühlt hätten.⁵⁵ In vielen Berichten sowohl von Seiten der Verwaltung als auch der Staatssicherheit ist von einer solchen Zustimmung zur Zwangsaussiedlung und der Forderung nach ihrer Beschleunigung zu lesen.⁵⁶ Unzufriedenheit mit einer angeblich zu nachsichtigen Behandlung der Deutschen durch offizielle Stellen war oft festzustellen; innerhalb der Bevölkerung wurden Berichten zufolge striktere Regelungen für den Umgang zwischen Deutschen und Tschechen, besondere Zeiten, in denen Deutsche ihre Einkäufe erledigen sollten, und ein Verbot der Benutzung von Straßenbahnen für Deutsche diskutiert.⁵⁷

Allerdings zeigte sich, dass nicht allein Deutsche und ‚Kollaborateure‘ als ‚national unzuverlässig‘ galten. Für Juden seien „Fragen der Nationalität immer eine Nebensache“ gewesen, urteilte die OSK.⁵⁸ Juden aus der Karpatoukraine und insbesondere aus der Slowakei wurden daher misstrauisch beobachtet – man sah in ihnen „Träger des Deutschtums“, da sie in der Öffentlichkeit die deutsche Sprache benutzten.⁵⁹ Auch Roma wurden im Bezirk argwöhnisch beäugt. Die SNB-Gebietsleitung meldete am 13. Mai 1946 die verstärkte Beobachtung von fahrenden Roma: „Diebstähle haben sie bislang noch nicht begangen, aber es wird erwartet, dass sie bald wieder zu ihren alten Gewohnheiten zurückkehren.“⁶⁰ Selbst bei einer Zuerkennung der Staatsbürgerschaft durch die Behörden wurde Kritik laut. Die SNB-Station Střekov (Schreckenstein) meldete Anfang Februar 1946, „die Bevölkerung“ sei nicht zufrieden mit der Verleihung der vorübergehenden Staatsbürgerschaft an Personen, die auf der Straße Ungarisch oder Deutsch sprachen und sich in der tschechischen Sprache nicht in ausreichendem Maße verständigen könnten.⁶¹

⁵⁴ Schallner, Dieter: *Obraz Němce a Německa v letech 1945 až 1947. Vznik soudobého stereotypu Němce a Německa* [Das Bild des Deutschen und Deutschlands in den Jahren 1945-1947. Die Entstehung des zeitgenössischen Stereotyps von Deutschen und Deutschland]. In: *Křen, Jan / Broklová, Eva* (Hgg.): *Obraz Němců, Rakouska a Německa v české společnosti 19. a 20. století* [Das Bild von Deutschen, Österreich und Deutschland in der tschechischen Gesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts]. Praha 1998, 236-252, hier 242 f.

⁵⁵ Bericht der OSK für September 1945. AM Ústí nad Labem, ONV, Inv.-Nr. 1176, Karton 342.

⁵⁶ SNB-Meldung Zálezly für März 1946. *Ebenda*.

⁵⁷ Bericht der OSK für August 1945. *Ebenda*.

⁵⁸ Bericht der OSK für September 1945. *Ebenda*.

⁵⁹ So zum Beispiel im Lagebericht der SNB-Station České Chvojno (Böhmisch Kahn) für November 1945. *Ebenda*.

⁶⁰ Bericht der SNB-Gebietsleitung Ústí nad Labem vom 13.5.1946. AMV, Sign. 304-194-3, Bl. 54 f., hier Bl. 54.

⁶¹ Lagebericht der SNB-Station Střekov für Januar 1946. AM Ústí nad Labem, ONV, Inv.-Nr. 1176, Karton 342.

Die nationale Radikalisierung war mutmaßlich zu einem großen Teil auf Personen zurückzuführen, die der staatlichen Propaganda gerne folgten und die in den Jahren zuvor nicht in der Region gelebt hatten. Als bezeichnendes Beispiel für diese Gruppe sei ein Denunziant genannt, der die Bestrafung bzw. Enteignung von Tschechen wegen deutschfreundlichen Verhaltens forderte.⁶² Er habe beobachtet, wie tschechische Geschäftsleute Deutsche außerhalb der dafür vorgesehenen Zeit bedienten. Diese Unternehmer seien als Nationalverwalter Fehlbesetzungen. An weiteren Beispielen listet er auf, was ihm „im Grenzgebiet nicht gefällt“, und schließt mit der Feststellung: Es gehe nicht an, dass auf der einen Seite in der Presse und im Rundfunk über die NS-Verbrechen berichtet werde, was ausreiche, die Deutschen aus der „menschlichen Gesellschaft“ auszuschließen, Deutsche aber andererseits „verhättselt“ würden. In manchen Behörden des Gebietes Ústí nad Labem werde mehr in deutscher als in tschechischer Sprache amtiert. Diese Entwicklung könne auf Dauer schädlich sein, meinte der Denunziant, und schloss seinen Brief mit einem „Československu zdar!“ (Heil der Tschechoslowakei!).⁶³

Es ist an dieser Stelle nicht zu klären, ob der Privatunternehmer Bohumil St. diese Ausführungen nur an die OSK sandte, um eines der von ihm kritisierten Unternehmen selber als Verwalter zu übernehmen. Die Vielzahl der von ihm beschriebenen Fälle, die nicht nur Unternehmen betrafen, lassen jedoch in erster Linie auf einen überzeugten Nationalisten schließen. Es kamen zu jener Zeit viele Menschen aus dem Landesinneren in die Grenzgebiete, die eine nationale Aufgabe erfüllen wollten. Dies belegen nicht nur die Lageberichte aus der Region, sondern auch Zeitzeugenberichte, die die KPTsch-Kommission für Regionalgeschichte in den achtziger Jahren gesammelt hat.⁶⁴

Nationalisierung und Besiedlung – ‚Goldgräber‘ versus Idealisten

Der Bezirk Ústí nad Labem ist als ehemals mehrheitlich von Deutschen bewohntes Gebiet ein Beispiel für eine Atmosphäre, in der sich nationalistisches Gedankengut und Profitsucht mischten. Eine überforderte Regionalverwaltung musste diese Lage unter Kontrolle behalten und lenken. Im Regierungsprogramm von Košice (Kaschau) war in Artikel X von einer Enteignung aller Deutschen, Ungarn, ‚Verräter‘ und ‚Kollaborateure‘ die Rede. Diese Maßnahme durchzuführen war Aufgabe der örtlichen und der Bezirksnationalausschüsse. Kurze Zeit nach deren Bildung begannen Nationalverwalter die überwiegend von Deutschen geführten Betriebe zu übernehmen. Darunter befanden sich wichtige Werke wie die der Schicht AG, in denen chemische Produkte hergestellt wurden. Gerade der größte Teil der in Ústí nad Labem stark vertretenen Chemieunternehmen gelangte bereits im Mai und Juni 1945 in tschechische Hände, in den meisten Fällen hatte die OSK die Nationalisierung angeordnet. Auch im Örtlichen Nationalausschuss Ústí nad Labem war

⁶² Schreiben von Bohumil St. an die OSK vom 11.9.1945. AM Ústí nad Labem, ONV, Inv.-Nr. 1293, Karton 384.

⁶³ *Ebenda.*

⁶⁴ Zeitzeugenberichte im Bestand: AM Ústí nad Labem, Komise dějin OV KSČ [Geschichtskommission der KPTsch-Bezirksleitung].

nicht zufällig das Referat „Verwaltung des Volkseigentums“ mit acht Unterabteilungen besonders umfangreich.⁶⁵

Die Erwartung, von der Vertreibung der Deutschen profitieren zu können, war eine Triebfeder radikaler Forderungen. Zur Verteilung standen Wohnungen, Häuser und Wertgegenstände. Da aber weder die Nationalisierung der Industrie noch der Höfe oder Wohnungen von Deutschen mit dem vorhandenen Personal möglich war und zudem die Besitzverhältnisse noch nicht gesetzlich geregelt waren, entstand ein Spannungsverhältnis zwischen der langsamen Durchführung der von der Staatsführung propagierten Aussiedlung der Deutschen bzw. der schleppenden Überführung von deren Besitz in tschechische Hände auf der einen und den hohen Ansprüchen der aufgrund verlockender Meldungen über das Grenzgebiet aus dem Landesinneren zugereisten Personen auf der anderen Seite. Gerade die Angehörigen dieser Gruppe seien mit der Lage unzufrieden, stellte die OSK im August 1945 fest.⁶⁶

Sie hatten erwartet, dass ihnen sämtliche Möglichkeiten offen stehen würden. In der Realität trafen die meist aus der Unterschicht stammenden Neuankömmlinge aber auf Deutsche, die immer noch auf ihren Höfen und in ihren Wohnungen lebten. Nicht selten waren ‚wilde‘ Vertreibungen die Folge. Die OSK war in dieser Situation keine treibende Kraft, sondern beklagte sich vielmehr darüber, dass sie die Lage nicht mehr unter Kontrolle habe.⁶⁷ Galt diese Feststellung vor allem für die Entwicklung in den ländlichen Gebieten des Bezirks, so war die Stadt selber bald mit einer Wohnungsnot konfrontiert, die die regionalen Stellen ebenfalls überforderte. Es sei außerdem nicht genug Personal vorhanden, um die beschlagnahmte Menge von Kleidung und beweglichen Gütern der Deutschen zu erfassen und zu verteilen.⁶⁸

Die sich radikalisierende Stimmung und die Maßnahmen gegen die Deutschen in der Region Ústí nad Labem wurden somit von der Staatsspitze und von Teilen der Bevölkerung forciert, während die regionalen Stellen der Situation kaum Herr wurden. Dies darf nicht als eine gemäßigte Einstellung regionaler Stellen und Politiker interpretiert werden. Doch die Annahme, dass neben einer besonders aufgeheizten Stimmung auch sehr pragmatische Gründe zu einer beschleunigten ‚wildem‘ Vertreibung und Internierung beigetragen haben, liegt nahe. Auf diese Weise konnte zum Beispiel von Deutschen belegter Wohnraum für Tschechen frei gemacht werden.⁶⁹ Die KPTsch-Zeitung „Sever“ gab diese Beweggründe für die beschleunigte Aussiedlung bzw. auch Internierung von Deutschen offen zu erkennen.⁷⁰

Zehntausende von Tschechen kamen in die Region. Bis zum Jahr 1947 sollte ihre Zahl im Bezirk Ústí nad Labem auf 89386 steigen – im Jahr 1930 hatten dort noch 27666 Tschechen gelebt.⁷¹ Der Anteil der altansässigen tschechischen Bewohner an der Gesamtbevölkerung wurde somit immer geringer; neben den Rückkehrern, die 1938 das Grenzgebiet aus verschiedenen Gründen verlassen hatten, kamen vor

⁶⁵ Liste in *Radvanovský*: Ústí nad Labem 82 f. (vgl. Anm. 8).

⁶⁶ Bericht der OSK für August 1945. AM Ústí nad Labem, ONV, Inv.-Nr. 1176, Karton 342.

⁶⁷ *Ebenda*.

⁶⁸ *Ebenda*.

⁶⁹ Vgl. *Na prahu nového života* 37 (vgl. Anm. 6).

⁷⁰ Vgl. beispielsweise die Ausgaben des *Sever* vom 7.1. und 22.1.1946.

⁷¹ *Radvanovský*: Konec česko-německého soužití 177 (vgl. Anm. 38).

allem junge Menschen in den Bezirk. Sie versprachen sich von der Umwälzung im Grenzgebiet eine bessere Zukunft und bildeten die Basis der neuen Gesellschaft. Im Bezirk Ústí nad Labem bestand schon früh ein großes Interesse daran, als Nationalverwalter einen deutschen Betrieb oder ein deutsches Geschäft zu übernehmen.⁷² Die demographische Entwicklung schwankte aber im ersten Nachkriegsjahr erheblich. Der Migrationswelle in den ersten Nachkriegsmonaten folgte eine ruhigere Phase, bis Anfang des Jahres 1946 wieder verstärkt Menschen in die Region zogen – und dort im Mai auch als Wähler der Verfassungsgebenden Nationalversammlung auftraten.⁷³ Potenziell ‚gemäßigte‘ Tschechen, die vor allem in den Reihen der altansässigen Bevölkerung zu vermuten sind, waren somit in der Minderheit und besaßen immer weniger Einfluss auf die Entwicklung des Bezirks.

Unter den Neankömmlingen befanden sich zahlreiche Personen, die lediglich aus Profitsucht in das Grenzgebiet kamen. Das Verhalten dieser so genannten ‚Goldgräber‘ war ein in der Öffentlichkeit viel diskutiertes Thema.⁷⁴ Im „Předvoj“ (Vorhut) vom 14. Juli 1945 heißt es dazu:

So wie ein Arbeiter oder Beamter sich bewusst sein muss, dass er in das Grenzgebiet nicht kommen kann und kommen darf, um sich zu bereichern oder Beute zu machen, muss sich ein Landwirt, der in das Grenzgebiet kommt, der großen Verantwortung und der schweren, anstrengenden Arbeit bewusst sein, die ihn hier erwartet. Der Boden, der vor Jahrhunderten dem tschechischen Volk von den Deutschen entwendet wurde, muss nicht nur in die Hände tschechischer, national zuverlässiger Menschen übergehen, sondern auch solcher Menschen, die arbeiten und wirtschaften können.⁷⁵

Dass die ‚Goldgräber‘ nicht nur ein Problem derjenigen waren, die eine in ideologischer Hinsicht besonders zuverlässige Grenzbevölkerung schaffen wollten, zeigen auch Berichte aus einzelnen Gemeinden des Bezirks. Ein SNB-Berichterstatter empfahl Ende Oktober 1945 eine genaue Überprüfung der Personen, die ins Grenzgebiet übersiedeln wollen – gerade bei den Nationalverwaltern, denn einige Leute würden sich offensichtlich nur bereichern wollen und nichts leisten.⁷⁶ Die Stimmung der Bevölkerung sei beklommen, es herrsche Egoismus und „Profitmacherei anstelle des erwarteten solidarischen Lebens“.⁷⁷ Aber die Maßnahmen gegen Deutsche und Kollaborateure sowie die Nationalisierung der Industrie stießen auf Zustimmung.⁷⁸

Die zentrale Frage war, wer die radikalisierte Stimmung am besten steuern und nutzen konnte. Immer wieder kam es zu Unstimmigkeiten unter den tschechischen Neusiedlern wegen Besitzfragen.⁷⁹ Diese Reibereien waren der SNB-Bezirksleitung

⁷² *Ebenda* 93.

⁷³ *Ebenda* 179.

⁷⁴ Siehe zu diesem Thema auch *Biman*, Stanislav/*Čilek*, Roman: *Poslední mrtví, první živi* [Die letzten Toten, die ersten Lebenden]. Ústí nad Labem 1989, 145 f.

⁷⁵ *Předvoj* vom 14. 7. 1945.

⁷⁶ Lagebericht der SNB-Station Bohosudov (Mariaschein) vom 31. 10. 1945. AM Ústí nad Labem, ONV, Inv.-Nr. 1176, Karton 342.

⁷⁷ Lagebericht der SNB-Station Bukov vom 4. 11. 1945. *Ebenda*.

⁷⁸ Lagebericht der SNB-Station Bukov vom 31. 10. 1945. *Ebenda*.

⁷⁹ Lagebericht der SNB-Bezirksleitung Ústí nad Labem vom 1. 10. 1945. AMV, Sign. 304-194-3, Bl. 17.

Ústí nad Labem zufolge so zahlreich, dass sowohl die OSK als auch der SNB eingreifen mussten.⁸⁰ Streit innerhalb der tschechischen Bevölkerung war keine vereinzelte, sondern gerade in ländlichen Gemeinden eine regelmäßige Erscheinung. Zu Auseinandersetzungen kam es insbesondere zwischen Nationalverwaltern und Neusiedlern, Verleumdungen aus persönlichen und materiellen Gründen machten die Runde.⁸¹ Diese Schwierigkeiten lösten sich bezeichnenderweise kurz vor den Wahlen in Wohlgefallen auf, als die Regierung die Verwalter der landwirtschaftlichen Güter aufgrund eines Präsidialdekrets vom 20. Juli 1945 überprüfte und der Boden bei einem positiven Ergebnis in deren Besitz überführt wurde – nun war der SNB-Gebietsleitung zufolge der beinahe überall auftretende „Neid“ beseitigt.⁸² Allerdings wurden laut Aussage eines für die Besiedlung des Grenzgebietes zuständigen Mitarbeiters des Landwirtschaftsministeriums in Böhmen 83 Prozent der überprüften Nationalverwalter in ihren Positionen bestätigt, so dass eine allzu große Veränderung offenkundig nicht eintrat.⁸³

Oft war Neid Anlass eines Streits, sei es, weil einem Nationalverwalter ein besonders attraktives Grundstück zugeteilt worden war, sei es, weil Zuwanderer aus der Karpatoukraine angeblich bevorzugt wurden.⁸⁴ In der Tat waren einige Verwalter in der Landwirtschaft eingesetzt, die keine Kenntnis von der Führung eines Hofes hatten und ihre Aufgaben vernachlässigten. Nach Meinung der SNB-Station Ústí nad Labem traf diese Feststellung mehrheitlich auf zugewanderte Karpatoukrainer zu.⁸⁵ Die SNB-Bezirksleitung machte auch einige ehemalige Straftäter unter den Zugewanderten aus, die sie misstrauisch im Auge behielt.⁸⁶

Auch hatten viele Neuankömmlinge hohe Ansprüche, wollten in der Stadt leben und keine harte Arbeit auf dem Land verrichten. Aus diesem Grunde konnte der ONV im Juni 1945 nur wenige ländliche Gemeinden mit Neusiedlern besetzen.⁸⁷ Weit unten auf der Rangliste standen Berggemeinden wie Adolfov (Adolfsgrün), wo noch im Frühjahr 1946 rund 80 Prozent der Bevölkerung aus Deutschen bestanden – es waren wenige Tschechen bereit, in diese unwirtliche Gegend zu ziehen.⁸⁸ In Petrovice (Peterswald) bei Charbařovice (Karbitz) standen ehemals von Deutschen bewohnte Häuser leer, weil tschechische Interessenten zunächst nicht zu finden waren.⁸⁹

Angesichts der unterschiedlichen Einstellungen innerhalb der tschechischen Bevölkerung war der KPTsch die Bildung einer gemeinsamen Identität besonders

⁸⁰ Lagebericht der SNB-Bezirksleitung Ústí nad Labem vom 22.10.1945. AMV, Sign. 304-194-3, Bl. 18.

⁸¹ Lagebericht der SNB-Gebietsleitung Ústí nad Labem vom 6.4.1946. *Ebenda*, Bl. 37-39.

⁸² Lagebericht der SNB-Gebietsleitung Ústí nad Labem vom 7.5.1946. *Ebenda*, Bl. 52-53.

⁸³ Sever vom 7.1.1946.

⁸⁴ Lagebericht der SNB-Station Střekov für Dezember 1945. AM Ústí nad Labem, ONV, Inv.-Nr. 1176, Karton 342.

⁸⁵ Lagebericht der SNB-Station Ústí nad Labem vom 3.11.1945. *Ebenda*.

⁸⁶ Lagebericht der SNB-Bezirksleitung Ústí nad Labem vom 1.10.1945. AMV, Sign. 304-194-3, Bl. 17.

⁸⁷ Bericht der OSK für Juni 1945. AM Ústí nad Labem, ONV, Inv.-Nr. 1176, Karton 342.

⁸⁸ Lagebericht der SNB-Station Adolfov für Mai 1946. *Ebenda*.

⁸⁹ Lagebericht der SNB-Station Petrovice u Chab. für Februar 1946. *Ebenda*.

wichtig. In einem Beitrag „Für die Einheit aller Tschechen“ sprach der „Sever“ am 5. Februar 1946 diese Problematik bemerkenswert offen an. Sein Verfasser war kein geringerer als Květoslav Innemann. Der KP/Tsch-Funktionär hob hervor, dass es im Grenzgebiet viele Probleme gebe. Das wichtigste davon seien die Spannungen zwischen Alt- und Neusiedlern, die den Konsolidierungsprozess bedrohten. Die Schuld lag Innemann zufolge auf beiden Seiten. Viele Altsiedler sähen aufgrund einiger Vorfälle in Neusiedlern unzuverlässige Personen, die wegen ihrer Vergangenheit im Protektorat in das Grenzgebiet geflüchtet seien oder von den Ereignissen profitieren wollten. Unter den Neusiedlern herrsche manche unzutreffende und entstellte Meinung über diejenigen vor, die in den Jahren 1938 bis 1945 mit den Deutschen zusammengeliebt hatten. Tatsächlich aber hätten alle gemeinsam dem Nationalsozialismus widerstanden und müssten Verständnis für die Lage des anderen aufbringen. Innemann beschwor eine gemeinsame antifaschistische Vergangenheit als Basis für die Einheit im Grenzgebiet und schloss mit dem Satz: „Die Kommunistische Partei ist gemäß ihrer historischen Sendung dazu bestimmt, diese Einheit herzustellen und zu festigen.“⁹⁰

Marie Vobecká betonte als Vorsitzende des Bezirksnationalausschusses ebenfalls das Zusammengehörigkeitsgefühl der Grenzlandbewohner. Am 8. Mai 1946 hielt sie vor dem ONV-Plenum anlässlich des ersten Jahrestages des Kriegsendes eine programmatische Rede.⁹¹ Darin legte sie die Aufgaben des ONV dar, der sich gegen eine Unterscheidung von Alt- und Neusiedlern wenden müsse. Eine Identität der Grenzlandbewohner sei zu schaffen. Auch bei ihr hatte die Bestrafung der Deutschen und ‚Verräter‘ Priorität, wieder bildete die Abgrenzung von den Deutschen die Klammer: Nur ein Zusammenstehen könne die tschechoslowakische Gesellschaft vor dem Nationalsozialismus und dem Faschismus schützen. Gerade im Grenzgebiet halte die Bedrohung an – „hier fühlen wir am besten, dass wir weiter bedroht sind“.⁹² Streitigkeiten zwischen den Parteien oder persönliche Differenzen würden die tschechische Sache nur schwächen. Hauptziel bleibe die Zwangsausiedlung:

Wir wünschen, dass unser Bezirk einheitlich wird, ohne nationale Minderheiten, weder deutsche noch ungarische. Ein tschechisches Grenzgebiet ohne Deutsche und Ungarn, aber auch ohne künstliche Trennung zwischen den Tschechen. Wir wollen weder Alt- noch Neusiedler, wir wollen nur die Grenzland-Tschechen (hraničáře-Čechy).⁹³

Keine Klassen- und politischen Unterschiede sollten diese vermeintliche Eintracht trüben. Lediglich diejenigen, die immer noch Beziehungen zu Deutschen unterhielten und zu deren Vorteil intervenierten, sollten verfolgt und bestraft werden. Erst nach dieser langen Erklärung behandelte Vobecká die Themen, die wirklich für das Wohlergehen des Bezirks wichtig waren: die Zuteilung des Bodens und die Frage der

⁹⁰ Sever vom 5.2.1946.

⁹¹ Rede Vobeckás anlässlich der Festsitzung des ONV am 8.5.1946. AM Ústí nad Labem, ONV-Plenum.

⁹² *Ebenda* 1.

⁹³ *Ebenda* 2.

Preisgestaltung, die Hebung der Arbeitsmoral in der Industrie, die Neugliederung der Verwaltung, Kultur und Bildung.

In dieser Situation standen die politischen Kräfte gegen die ‚Einheit‘, die abweichende wirtschaftliche und soziale Forderungen vertraten. Just bei der Festsitzung des ONV am 8. Mai 1946 kam es zu einer Meinungsverschiedenheit über das Verhalten tschechischer Pfadfinder, die in Uniformen der Hitlerjugend und mit Sammelbüchsen der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt durch die Stadt gezogen waren, sowie über das Thema der ‚Totalität‘. Doch jeder, der politisch kontrovers diskutierte, konnte als Störenfried ausgegrenzt werden. Schließlich blieb der schon lange in Ústí nad Labem ansässige Sozialdemokrat, der die kritischen Worte gesprochen hatte, allein: weder Redner der KP(T)sch noch der Volkssozialisten oder der Volkspartei wollten sich seiner Sicht anschließen.⁹⁴ Die ‚Einheit‘ stand über Parteiinteressen.

Zur nationalen Identitätsstiftung trugen Veranstaltungen wie die Überführung des Bodens in der Gemeinde Stadice (Staditz) in staatliche Verwaltung bei. Nun komme historische tschechische Erde zurück in tschechische Hände. Vobecká warnte bei dieser Gelegenheit erneut: der Kampf sei noch nicht zu Ende, denn der Faschismus sei noch lebendig.⁹⁵ Die Gegnerschaft zu den Deutschen und die nationale Selbstvergewisserung mit Hilfe solcher nationaler Manifestationen waren als verbindende Elemente gerade im Grenzgebiet von großer Bedeutung – die Vertreibung und Zwangsaussiedlung galt als adäquate Lösung, mit dem historischen Erbe des (suden-)deutsch-tschechischen Konfliktes und einer noch empfundenen aktuellen nationalsozialistischen Bedrohung umzugehen. Das Ziel war eine ‚reine‘ eine vermeintlich bessere Gesellschaft.

Die Aussiedlung der Deutschen verzögerte sich jedoch, was unter anderem mit dem Mangel an Facharbeitern zu erklären war, auf die die Industrie nicht verzichten konnte. Auch die Landwirtschaft benötigte Deutsche.⁹⁶ Unter den Radikalen machte sich daher Unmut breit. Die Frage der Aussiedlung sei jetzt dringender, meldete die SNB-Station Zálezly am 4. März 1946. Bis diese endgültig durchgeführt sei, werde es im Grenzgebiet keine Ruhe geben. Zurzeit gebe es weniger Arbeit und mehr Zeit zu überlegen, und die tschechische Bevölkerung glaube, dass sie die Feldarbeit bereits ohne Hilfe von Deutschen erledigen könne.⁹⁷

Der von Historikern und Publizisten oft geschilderte Pogrom gegen Deutsche am 31. Juli 1945 in Ústí nad Labem machte deutlich, wie dramatisch sich die Situation auch auf gesamtstaatlicher Ebene zugespitzt hatte.⁹⁸ Er symbolisierte eine Lage, die

⁹⁴ Protokoll der feierlichen Sitzung des ONV am 8.5.1946. AM, ONV, Plenum, Bl. 43 ff.

⁹⁵ Sever vom 23.4.1946.

⁹⁶ Bericht der OSK für Juni 1945. AM Ústí nad Labem, ONV, Inv.-Nr. 1176, Karton 342.

⁹⁷ Lagebericht der SNB-Station Zálezly für Februar 1946. *Ebenda*.

⁹⁸ Zum Pogrom siehe unter anderem *Kaiser*, Vladimír: Neue Sichtweisen auf die Ereignisse in Aussig am 31.7.1945. In: *Bernard-Bolzano-Stiftung/Ackermann-Gemeinde: Češi a Němci – historická tabu/Tschechen und Deutsche – historische Tabus*. Praha 1995, 230-236 (tschechische Version: 224-229). – *Radvanovský*, Zdeněk: Události 31. července 1945 v Ústí nad Labem [Die Ereignisse am 31. Juli 1945 in Aussig]. In: *Ústav mezinárodních vztahů* [Institut für internationale Beziehungen] (Hg.): Studie o sudetoněmecké otázce. Výzkumný

in der Region Ústí nad Labem nicht ohne Einfluss auf die politischen Entscheidungsprozesse bleiben konnte: das Grenzgebiet war gefährlich, die Gewalt konnte sich entladen, eine Atmosphäre der Unsicherheit war allgegenwärtig. Die gemäßigte Bevölkerung hatte keine Chance, gegen die Mauer aus von allen Parteien propagierter Einigkeit aufzubegehren. Womöglich setzte der Pogrom in Ústí nad Labem auch in dieser Hinsicht ein Zeichen: er ‚disziplinierte‘ die vorsichtigen und nachdenklichen Menschen.

Die politische Lage vor den Wahlen

Die beschriebene politische und wirtschaftliche Lage sowie die nationalistisch aufgeheizte Atmosphäre waren im ersten Nachkriegsjahr in der Region Ústí nad Labem maßgebend. Jede Partei musste sie berücksichtigen, musste auf praktische Probleme wie Wohnungsnot, Arbeitskräftebedarf, hohe Preise und Trümmerbeseitigung ebenso Antworten finden wie auf die Frage nach der Identität der Tschechen im Grenzgebiet. Gerade vor dem Hintergrund einer wegen Zu- und Abwanderung im Fluss befindlichen Gesellschaft war es wichtig, Orientierungspunkte nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für die eigene politische Position zu setzen. Nur die KPČS reagierte auf diese Herausforderung erfolgreich. Für die gesamtstaatliche Ebene haben viele Untersuchungen bereits hervorgehoben, wie wenig die Volkssozialisten außer Beschwerden über kommunistische Anmaßungen zu bieten hatten, wie wenig Profil die Sozialdemokraten entwickelten und wie wenig die katholische Volkspartei gerade im nordböhmischen Grenzgebiet verankert war.⁹⁹

Ein für die politische Lage in der Tschechoslowakei im Allgemeinen und im Bezirk Ústí nad Labem im Besonderen wichtiger Faktor der Diktaturdurchsetzung ist außerdem im Einfluss der Medien zu sehen.¹⁰⁰ Sowohl vor als auch während der Wahlkampfphase waren die wichtigsten Massenmedien Zeitungen und Rundfunk. Stehen für den Rundfunk vorerst kaum Informationen zur Verfügung, so kann die Nachkriegsentwicklung der Regionalpresse in groben Zügen nachgezeichnet werden. Dort machte sich bereits Ende des Jahres 1945 ein entscheidender Vorteil der KPČS bemerkbar, denn während selbst in eindeutig von Kommunisten dominierten Städten eine Vielfalt von (Partei-)Zeitungen existierte, besaß Ústí nad Labem neben dem „Sever“ der KPČS-Kreisleitung zunächst nur den „Předvoj“, das Blatt des Bezirksnationalausschusses. Dieser trat unter Leitung des kommunistischen Chefredakteurs Fráňa Richter mit dem Ziel an, seine Leser als Regionalzeitung mit

projekt ministerstva zahraničních věcí České republiky [Studien zur sudetendeutschen Frage. Forschungsprojekt des Außenministeriums der Tschechischen Republik]. Praha 1996, 120-131. – *Ders.*: Konec česko-německého soužití 102-114 (vgl. Anm. 38). – *Kaiser*: Das Kriegsende 212-217 (vgl. Anm. 6). – *Pustejovsky*, Otfried: Die Konferenz von Potsdam und das Massaker von Aussig am 31. Juli 1945. *Untersuchung und Dokumentation*. München 2001.

⁹⁹ Einen guten Überblick bietet *Myant*: Socialism and Democracy 113-125 (vgl. Anm. 4).

¹⁰⁰ Zur Bedeutung der Presse für die Diktaturdurchsetzung in der ČSR siehe die – methodisch leider mangelhafte – Dissertation von *Cannon*, Robert V.: Czechoslovakia, 1945-1948: A Case Study of Satellization. The Role of the Press. Ph. D. Thesis, New York University 1976.

Berichten über Ämter, Vereine, Verbände etc. zu informieren.¹⁰¹ Das Blatt gebärdete sich von Anfang an linientreu im Sinne der Nationalausschüsse.

Dennoch fand es im Herbst 1945 ein schnelles Ende, was auf eine Entscheidung des von dem KPTsch-Politiker Václav Kopecký geleiteten Informationsministeriums zurückzuführen war. Dieses überprüfte die regionale Presse dahingehend, ob sie weiter mit Papierzuteilung gefördert werden sollte – das Erscheinen regionaler Blätter hing somit von der Gnade der Prager Zentrale ab. Seit dem 26. Oktober 1945 mussten Zeitungsherausgeber beim Ministerium die Papierzuteilung und die Erlaubnis zum Führen einer Zeitung beantragen. Dies galt auch für den ONV Ústí nad Labem, der für den „Předvoj“ verantwortlich zeichnete. Am 9. November 1945 beantragte er offiziell, die Zeitung ab dem 1. Dezember 1945 als Regionalzeitung in einer Auflagenhöhe von 20000 Exemplaren führen zu dürfen, und begründete dies damit, dass Ústí nad Labem die größte nordböhmische Stadt mit rund 100 Industriebetrieben im Umland sei, die Zahl der tschechischen Bevölkerung weiter steige und sie somit ein wirtschaftliches, kulturelles und politisches Zentrum sei.¹⁰²

Zur Antwort bekamen die Herausgeber einen ausgefüllten Vordruck des Ministeriums, in dem der Antrag mit dem Hinweis auf Schwierigkeiten in der Papierherstellung sowie auf einen Beschluss der Vertreter aller Parteien und der Interessenorganisationen abgelehnt wurde.¹⁰³ Die Zeitung fiel der „Reorganisation der periodischen Presse im Interesse der Papierbewirtschaftung“ zum Opfer, obwohl der ONV und auch der Kreisgewerkschaftsrat ihr weiteres Erscheinen ausdrücklich gewünscht hatten.¹⁰⁴ Die Entscheidung hing unter Umständen mit dem Wechsel auf dem Posten des Chefredakteurs zusammen, den nun ein Redakteur der Tschechoslowakischen Presseagentur übernehmen sollte.

Nach dem Ende des „Předvoj“ hielt sich das kommunistische Parteiblatt „Sever“ für die einzige legitime Zeitung der Tschechen in der Region. Unter der Überschrift „Das Aussiger Gebiet und die Frage der Regionalpresse“ reagierte es auf den Vorwurf der (überregionalen) Presse anderer Parteien, die geringe Beteiligung an den MNV-Wahlen im Januar 1946 sei mit dem Fehlen einer Regionalzeitung zu erklären. Der Verfasser des Beitrags hielt dem entgegen, der „Sever“ reiche vorläufig aus, um die Bevölkerung über das öffentliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben zu informieren.¹⁰⁵ Menschen, die sich aus anderen Zeitungen über das Geschehen in der Region informieren wollten, mussten sich mit der weniger umfangreichen Berichterstattung auf den Regionalseiten der großen Tages- und Wochenzeitungen begnügen. Zudem brachte die Kreisleitung der Sozialdemokraten in Děčín (Tetschen) für Nordböhmen die „Nová doba“ (Neue Zeit), die Volkssozialisten in Most (Brüx) das „Krušnohorské slovo“ (Das erzgebirgische Wort) heraus. Beide

¹⁰¹ Předvoj vom 23.6.1945.

¹⁰² Schreiben des Předvoj, ONV, an das Informationsministerium vom 9.11.1945. AM Ústí nad Labem, ONV, Inv.-Nr. 867, Karton 245.

¹⁰³ Schreiben von Kopecký an den Předvoj vom 10.12.1945. *Ebenda*.

¹⁰⁴ Svobodné slovo vom 7.12.1945.

¹⁰⁵ Sever vom 22.1.1946.

Blätter dürften zwar auch die Meinungsbildung in Ústí nad Labem beeinflusst haben, die Vormachtstellung des „Sever“ gefährdeten sie aber sicherlich nicht.¹⁰⁶

Gleichzeitig organisierte die KPTsch für die Bewohner der Region ein Kulturprogramm, etwa die Aufführung des beliebten Komikers Jan Werich im Stadttheater. Dieses war bis auf den letzten Platz ausverkauft – die Karten hatte das lokale KPTsch-Sekretariat vertrieben.¹⁰⁷ Für die anderen tschechoslowakischen Parteien war es angesichts dieser Allgegenwart kommunistischer ‚Wohltaten‘ schwierig, Wahlkampagnen zu organisieren. Das zu jener Zeit geeignete Mittel waren neben einer wohlorganisierten Parteipresse Auftritte bekannter Politiker vor Ort. Hier hatte aber gerade die KPTsch den Vorteil, aufgrund ihrer organisatorischen Vormachtstellung, ihrer guten Verbindungen zu Prager Regierungsstellen und vor allem der zahlreichen Mitglieder imposante Großveranstaltungen inszenieren zu können.

In den Wahlmonat fielen eine Reihe von weiteren Ereignissen, die die Partei neben den Wahlkampfveranstaltungen für Großkundgebungen und damit für ihre öffentliche Präsenz nutzen konnte. Gerade bei solchen Gelegenheiten stellte sie ihre Konkurrenten in den Schatten. Laut einem Bericht des „Sever“ boten die Sozialdemokraten anlässlich der Feiern zum 1. Mai 2300 Menschen auf, die durch die Straßen zogen, bei der Kundgebung im „Stalin-Park“ seien es dann 5000 gewesen. Bei den Volkssozialisten seien 1561 [sic] Personen, sieben Wagen und 15 Standarten mit durchweg negativen Parolen, „so dass es den Eindruck einer oppositionellen Demonstration machte“, durch die Straßen gezogen. Die in Ústí nad Labem mehr oder weniger bedeutungslose Volkspartei habe sich am Vorabend mit 60 Personen im Grand-Hotel getroffen. Bei den KPTsch-Veranstaltungen seien dagegen 15 000 Menschen auf den Beinen gewesen.¹⁰⁸ Die Tagesmeldung des Severočeský rozhlas (Nordböhmischer Rundfunk) Ústí nad Labem bestätigt diesen Trend.¹⁰⁹

Gelegenheit für Großveranstaltungen bot auch der 9. Mai 1946 mit den Erinnerungsfeiern zum Kriegsende. Im Stadttheater lauschte man dem Smetana-Zyklus *Má vlast* (Mein Vaterland), im städtischen Stadion verfolgten die Menschen Militärparaden und Ansprachen von Vorsitzenden der Nationalausschüsse – ein Vertreter der Roten Armee hielt ebenfalls eine Rede. Die Nationalhymne und eine Militärparade beendeten die Veranstaltung. Den Höhepunkt der Großkundgebung veranstaltete allein die KPTsch. Zehn Tage später sprach der stellvertretende Ministerpräsident und KPTsch-Vorsitzende Klement Gottwald in Děčín und in Ústí nad Labem. Aus den Fabriken, Dörfern und Städten seien die Menschen gekommen, um den Genossen zu hören, berichtete der „Sever“ am 22. Mai. Sie seien sogar mit Motivwagen angereist; allein 19000 Menschen hätten Gottwalds Rede vom Balkon

¹⁰⁶ Eine Auswertung der (Severočeská) Nová doba [(Nordböhmische) Neue Zeit], Teplice-Šanov (Teplitz-Schönau), des Krušnohorské slovo, Most, sowie weiterer Regionalausgaben großer Zeitungen steht noch aus.

¹⁰⁷ Sever vom 12. 2. 1946.

¹⁰⁸ Sever vom 7. 5. 1946.

¹⁰⁹ Tagesmeldung des Severočeský rozhlas vom 2. 5. 1946. AM Ústí nad Labem, ONV, Inv.-Nr. 875, Karton 248.

des städtischen Theaters gehört.¹¹⁰ Die Zahlenangaben der Parteipresse sind möglicherweise übertrieben, gemessen an der KPTsch-Mitgliederzahl von über 60 000 im Parteikreis Ústí nad Labem sind hohe Besucherzahlen bei solchen Großveranstaltungen allerdings wahrscheinlich.

Gottwald gelang, was die anderen Parteien vergeblich versuchten: eine Brücke zwischen der Prager Politik sowie seiner Partei und den Menschen im Grenzgebiet zu bauen. Er betonte, die Neusiedler müssten zeigen, ‚wem heute dieses Gebiet gehört‘, dass ‚wir – also die KPTsch – erfolgreich gewesen seien und bereits 1,8 Millionen Tschechen im Grenzgebiet lebten. Die nächste Aufgabe sei es, die gesamte Republik von Deutschen zu ‚säubern‘. Die Existenzsicherung der Tschechen versprach er ebenso wie die Lage der öffentlich Beschäftigten im Grenzgebiet zu verbessern.

Das große Mitgliederreservoir spielte zudem bei einer spezifischen Form der Wahlpropaganda jener Zeit eine Rolle, die nur schwer anhand der Quellen nachvollzogen werden kann. Es handelt sich dabei um die Tätigkeit von KPTsch-Agitatoren. In einem Zeitzeugengespräch berichteten drei ehemalige Funktionäre, wie sie bei den Wahlen 1946 die Menschen in den Betrieben und auf der Straße direkt angesprochen hatten. Einer von ihnen betonte, gerade diese Form der Agitation sei sehr wichtig gewesen und habe sich vor allem an die Neusiedler, Arbeiter und ‚kleinen‘ Beamten gerichtet.¹¹¹ Ein anderer Zeitzeuge bestätigt dies und verweist auf die Gemeinde Tuchomyšl (Schönfeld), in der durch die Agitation unter den Menschen die absolute Mehrheit gewonnen worden sei.¹¹² Auch wenn vermutet werden darf, dass die Kommunisten in dem Gespräch ihre Tätigkeit in einem besonders guten Licht erscheinen lassen wollten, ist die Bedeutung der Agitation für den Wahlausgang nicht zu unterschätzen.¹¹³

Insgesamt verlief der Wahlkampf bis auf kleinere Scharmützel in den Zeitungen unspektakulär. Während in der Berichterstattung der Regionalausgabe der „Severočeská Mladá fronta dnes“ keine aufschlussreichen Berichte zu finden sind, berichteten der „Sever“ und das „Svobodné slovo“ über Streitigkeiten zwischen den Volkssozialisten und Kommunisten. Der „Sever“ fuhr schwere Geschütze auf, was im Wahlkampf vor allem bedeutete, den Gegner in die ideologische Nähe zu deutschen Nationalsozialisten zu rücken. Am 22. Mai 1946 warf er den Volkssozialisten vor, Wahlpropaganda nach Goebbels-Manier zu betreiben. So seien KPTsch-Wahlplakate für eine Gottwald-Veranstaltung mit der Aufschrift „Der Ruin des

¹¹⁰ Radvanovský: Cesta ústeckých komunistů za vítězstvím 173 (vgl. Anm. 12).

¹¹¹ Protokoll des Zeitzeugeninterviews mit Hubert H., Josef H. und Oldřich F. vom 6. 2. 1982, 18. AM Ústí nad Labem, Komise regionálních dějin Okresního vedení KSČ Ústí nad Labem [Kommission für Regionalgeschichte der KPTsch-Bezirksleitung Aussig], Inv.-Nr. 9, Karton 1.

¹¹² Ebenda 19.

¹¹³ Dies zeigte sich auch in Mähren, wo sich die anderen Parteien über die ‚Terrorisierung‘ der Wähler beklagten. Vgl. Machálek, Vít: Volby roku 1946 na Morave [Die Wahlen des Jahres 1946 in Mähren]. In: Kaplan, Karel: Sborník prací moravských historiků [Sammelband von Arbeiten mährischer Historiker]. Praha 1996, 7-70, hier 12 (Studijní materiály výzkumného projektu Československo 1945-1967 [Studienmaterialien aus dem Forschungsprojekt Tschechoslowakei 1945-1967] 21).

Volkes“ überklebt worden. Der „Sever“ urteilte: „Nun ja, wie die Methoden, so das Ziel.“¹¹⁴ Der bereits erwähnte Zeitzeuge erinnerte sich nicht an Aufsehen erregende Fälle von ‚Sabotage‘. Zwar seien zuweilen Plakate abgerissen worden, aber dies sei eine „normale Sache“ gewesen, die es auch zu Zeiten der Ersten Republik gegeben habe.¹¹⁵

Die Zeitung der Volkssozialisten warf der KPTsch wiederum vor, der kommunistische Gewerkschaftschef Antonín Zápotocký habe in den ehemaligen Schicht-Werken während der Arbeitszeit gesprochen, während überall KPTsch-Plakate hingen.¹¹⁶ Die Tatsache, dass die KPTsch Gelegenheiten wie die Feiern zum 1. Mai 1946 zu großangelegten Plakat- und Werbeaktionen nutzte, sodass an Häusern, Fensterscheiben etc. allein sie präsent war, verbitterte die drei übrigen Parteien gleichermaßen.¹¹⁷ Der Parteienstreit spiegelte sich in den Meldungen der Staatssicherheit wider. Im März 1946 meldete der Staatssicherheitsdienst aus Střekov Gerüchte über einen KPTsch-Putsch im Falle einer Wahlniederlage der Kommunisten, die trotz Dementis führender Parteifunktionäre innerhalb der Bevölkerung stark diskutiert würden.¹¹⁸ In Zálezly war Angaben der Staatssicherheit zufolge die tschechische Bevölkerung ‚unterer Schichten‘ sehr darum bemüht, dass ausschließlich Tschechen und Slowaken in die Wahllisten eingetragen wurden. ‚Unzuverlässige Personen‘ würden dagegen von ihnen gestrichen. Es wurde das Gerücht kolportiert, gerade die Volkssozialisten seien an einem Eintrag von Menschen interessiert, die sich bei der Volkszählung 1939 als Deutsche bekannt hatten. Sie hofften angeblich, davon bei der Wahl zu profitieren.¹¹⁹ Auch hätten sie zugunsten unzuverlässiger Personen interveniert.¹²⁰

Die von der Forschung bisher analysierten Konfliktlinien im Wahlkampf des Jahres 1946 entsprechen den ersten Eindrücken, die man anhand der – freilich noch dünnen Quellenlage im Bezirk Ústí nad Labem gewinnen kann: Differenzen zwischen der KPTsch und den Sozialdemokraten auf der einen und Volkssozialisten und Volkspartei auf der anderen Seite bestanden vor allem in der Frage der Nationalisierung. Ferner erhoben Volkssozialisten gegen die KPTsch den Vorwurf, ‚totalitäre‘ Methoden anzuwenden. Gleichzeitig betonten sie aber defensiv, sie seien Sozialisten und würden zur Freundschaft mit der Sowjetunion stehen. Klare Positionen lassen sich auch in der Berichterstattung über volkssozialistische Veranstaltungen in der Region kaum finden. Das Programm des potenziell viel versprechenden Gegners der Kommunisten blieb somit auch in der Region unscharf, über allgemeine Absichtserklärungen kamen die Volkssozialisten nicht hinaus. Statt positive Gegenvorschläge zu präsentieren, malten sie düstere Bilder, die den Wählern

¹¹⁴ Sever vom 22. 4. 1946.

¹¹⁵ Protokoll des Zeitzeugeninterviews mit Hubert H., Josef H. und Oldřich F. (vgl. Anm. 111).

¹¹⁶ Svobodné slovo vom 25. 5. 1946.

¹¹⁷ Lagebericht Ústí nad Labem SNB-Station Střekov vom 3. 5. 1946. AM Ústí nad Labem, ONV, Inv.-Nr. 1176, Karton 342.

¹¹⁸ Lagebericht Ústí nad Labem SNB-Station Střekov für März 1946. *Ebenda*.

¹¹⁹ Lagebericht Ústí nad Labem SNB-Station Zálezly nad Labem für März 1946. *Ebenda*.

¹²⁰ Lagebericht Ústí nad Labem SNB-Station Zálezly nad Labem für April 1946. *Ebenda*.

offenbar wenig attraktiv erschienen.¹²¹ Gleichzeitig versuchten sie, die Stimmung im Grenzgebiet zu entschärfen: Die revolutionäre Dynamik 1945 sei nun der „Ruhe und Sicherheit“ gewichen, heißt es in einem Bericht des „Svobodné slovo“. Nun müsse man wieder zur geordneten landwirtschaftlichen Produktion übergehen.¹²²

Ganz anders präsentierte sich die KPTsch, die einen Forderungskatalog vorstellte, der von der Fortführung der Bodenreform bis zu weiteren Nationalisierungen reichte. Ihre Mitglieder hatten zudem bei lokalen Veranstaltungen im Vorfeld des Parteitages im April 1946 ihre speziell auf das Grenzgebiet zugeschnittenen Vorstellungen geäußert und die Abrechnung mit den Deutschen in den Vordergrund gestellt. Die Forderungen bezogen sich nur in wenigen Punkten auf Probleme wie die ‚Entbürokratisierung‘ der Nationalausschüsse oder auf die Preisgestaltung. Vor allem nationalistische Positionen dominierten die Versammlungen, schenkt man der Berichterstattung des „Sever“ Glauben: die Beschleunigung des ‚odsun‘ (Abschub, Vertreibung) der Deutschen, die Säuberung des öffentlichen Lebens von „Verrätern und Kollaborateuren“ sowie die Bestrafung derer, die sich Deutschen gegenüber „loyal“ verhielten.¹²³

Im Gegensatz zu allen anderen Parteien verfügte die KPTsch auch über geeignetere Mittel, ihre Vorstellungen publik zu machen. Ihr Spitzenkandidat für den Wahlkreis, Zápotocký, war der höchste Gewerkschaftsfunktionär im Staat, womit der regionalen Arbeiterschaft eine Identifikationsmöglichkeit geboten wurde. Ferner besaß die KPTsch aufgrund der oben erwähnten Situation auf dem regionalen Zeitungsmarkt zur Wahlkampfzeit mit der wichtigsten Regionalzeitung das Informationsmonopol. Mit Großaktionen wie zum Beispiel den Arbeitsbrigaden der KPTsch empfahl sie sich im Bezirk Ústí nad Labem den tschechischen Bauern als treue Genossen und half ihnen bei der Arbeit. Ab dem 28. April, also einen Monat vor der Wahl, standen jeden Sonntag Arbeiter der Eisenbahn, der Schicht-Betriebe und der Chemischen Werke mit Bauern auf dem Feld.¹²⁴

Die KPTsch wusste, dass sie die Wahlen vor allem mit Hilfe der Neusiedler gewinnen würde, und bemühte sich, dafür sichere Grundlagen zu schaffen. In einem Artikel mit der Überschrift „In drei Wochen sind Wahlen, was ist noch zu tun?“ rief der „Sever“ dazu auf, allen Neusiedlern im Kreis Ústí nad Labem Wahlausweise zu beschaffen. Dabei könnten auch diejenigen einen solchen Ausweis bekommen, die nicht im hiesigen Wählerverzeichnis, sondern in dem ihres ehemaligen Wohnortes eingetragen seien. Der MNV könne einen solchen Ausweis ausstellen, daher solle die Partei jede Genossin und jeden Genossen entsprechend informieren.¹²⁵

Doch bei allen Beschwerden über die Methoden der KPTsch kann anhand der vorliegenden Quellen keine übermäßig spannungsgeladene Atmosphäre im Bezirk

¹²¹ Dies war auch in Mähren zu beobachten. Vgl. *Machálek*: Volby roku 1946 na Moravě 27 f. (vgl. Anm. 113). – Für die gesamtstaatliche Ebene siehe *Myant*: Socialism and Democracy 113–120 (vgl. Anm. 4).

¹²² Svobodné slovo vom 15. 5. 1946.

¹²³ Sever vom 26. 3. 1946.

¹²⁴ Sever vom 30. 4. 1946.

¹²⁵ *Ebenda*.

nachgewiesen werden.¹²⁶ Dass nichtkommunistische Wähler unter Druck gesetzt wurden, ist gerade angesichts der KPTsch-Dominanz in kleineren Gemeinden und in den Betrieben zwar denkbar, lässt sich anhand der ausgewerteten Dokumente aber nicht nachweisen.¹²⁷ Der ausschlaggebende Vorteil für die KPTsch war ohne Zweifel in erster Linie die fast uneingeschränkte Machtstellung in den regionalen Printmedien und – infolge ihrer hohen Mitgliederzahl und gut ausgebauten Parteistruktur auf den unteren Ebenen – die allgegenwärtige Präsenz bei Wahl- und Staatsveranstaltungen sowie die Arbeit der Agitatoren unter den Wählern. Die KPTsch beherrschte das öffentliche Leben im Bezirk. Die Position der Volkssozialisten und der Sozialdemokraten war dagegen schwach, die Volkspartei war als politische Größe zu vernachlässigen.

Die Wahlergebnisse

Die Wahlen verliefen den SNB-Berichten zufolge im Allgemeinen ruhig. Im Bezirk stimmten 23338 Menschen (55,02 Prozent) für die KPTsch, 8635 (20,36 Prozent) für die Sozialdemokraten, 8218 (19,37 Prozent) für die Volkssozialisten und 2011 (4,74 Prozent) für die Volkspartei. Interessant ist die Aufschlüsselung nach einzelnen Gemeinden bzw. Städten: In der Stadt Ústí nad Labem, in der die Kommunisten vor dem Krieg kaum eine Rolle gespielt hatten, ließen sie nun alle anderen Parteien hinter sich. 13423 Wähler (52,52 Prozent) votierten für die KPTsch, 5086 (19,90 Prozent) für die Sozialdemokraten, 5540 (21,68) für die Volkssozialisten und 1366 (5,34 Prozent) für die Volkspartei.

Ein im Durchschnitt noch besseres Ergebnis erzielte die KPTsch in den Gemeinden des Bezirks. Hier gelang es ihr, in 20 Gemeinden über 60 Prozent der Stimmen zu gewinnen, in 31 sogar über 70 Prozent. Durch diesen überwältigenden Erfolg hatte die KPTsch ihren uneingeschränkten Führungsanspruch gerade in kleineren Dörfern unter Beweis gestellt. Lediglich in 17 Gemeinden blieb die KPTsch unter 50 Prozent der Stimmen, davon in fünf unter 40 Prozent. Aber nur in sechs Gemeinden profitierten die Volkssozialisten von dem ‚schwächeren‘ Abschneiden der Kommunisten, meist errangen die Sozialdemokraten die zweitstärkste Position.

Die Analyse der Wahlergebnisse in einzelnen Gemeinden zeigt ferner, dass kaum eine allgemeingültige Regel formuliert werden kann, die die Übermacht der KPTsch begründet. In einigen Gemeinden, in denen bereits bei den Parlamentswahlen 1935 tschechoslowakische Parteien existiert hatten und somit verankert waren, konnten Volkssozialisten und Sozialdemokraten auf ihre traditionelle Wählerschaft bauen – in anderen Gemeinden dieser Art jedoch nicht.¹²⁸ Die Vermutung, dass in größeren

¹²⁶ Dies gilt auch für die gesamtstaatliche Ebene, wo größere Konflikte zwar entstanden, aber sich insgesamt in Grenzen hielten und nur in Beschwerden über den Gegner mündeten. Siehe *Vondrášek, Václav: Předvolební kampaň na jaře 1946* [Die Wahlkampagne im Frühling 1946]. In: *Československý časopis historický (ČsČH)* 28 (1980), 11-33.

¹²⁷ Diesen Eindruck bestätigt auch der zusammenfassende Wochenbericht der SNB-Gebietsleitung Ústí nad Labem vom 9.3.1946. AMV, Sign. 304-194-3, Bl. 23-29, hier Bl. 23f. Die folgenden Wochenberichte vermitteln einen ähnlichen Eindruck.

¹²⁸ Dies ergab ein Vergleich mit den Wahlergebnissen aus dem Jahr 1935 aufgrund der Angaben bei *Čvrk, František: Volby v okrese Ústí nad Labem v letech 1923-1938 a rozbor*

Gemeinden ein Gegengewicht zur KPTsch existierte, bestätigte sich ebenso wenig wie die Annahme, dass Gemeinden mit einer starken tschechischen Minderheit vor dem Jahre 1938 besonders resistent gegen die KPTsch gewesen seien. Die Kommunisten besaßen außer in ihren traditionellen Hochburgen aber ganz offensichtlich besonders großen Rückhalt in der neu angesiedelten Bevölkerung – also vor allem in den ländlichen Gemeinden, in denen zuvor eine fast ausschließlich deutsche Bevölkerung gelebt hatte.¹²⁹ Dies entspricht dem Bild, das Karel Kaplan und Jiří Sláma für die Ebene der Kreise und Bezirke beschrieben haben.¹³⁰

Eine solche Feststellung darf allerdings nicht dazu verleiten, allein in dem Wahlverhalten der Neusiedler den Grund für den Sieg der KPTsch zu sehen – dazu war der Stimmenanteil der Partei auch in solchen Gemeinden zu hoch, in denen vor 1938 eine starke Minderheit ‚tschechoslowakischer‘ Nationalität gelebt hatte. Auffallend ist, dass im Bezirk Ústí nad Labem nach Berechnungen von Lazna ein außerordentlich hoher Prozentsatz der Wähler der KPTsch und der Sozialdemokraten aus Angehörigen des Mittelstandes bestand (57,5 Prozent).¹³¹ Lazna bemerkt allerdings, dass seine Berechnung auf tschechoslowakischen Statistiken beruhe, in denen auch die Beschäftigten der Transportindustrie sowie die im Verkehrswesen und im Baugewerbe Beschäftigten zum Mittelstand gezählt worden seien.

Die Konzentration dieser Berufe in dem Verwaltungszentrum und Verkehrsknotenpunkt Ústí nad Labem erklärt somit den hohen Anteil der KPTsch-Wähler aus den Reihen des vermeintlichen ‚Mittelstands‘. Zusammen mit dem Anteil der Stimmen der Industriearbeiter (37,5 Prozent) ist somit noch einmal bestätigt worden, dass die Arbeiterschaft die Stütze der KPTsch bildete und im Grenzgebiet von den Landwirten sekundiert wurde, die deutsche Höfe übernommen hatten.¹³² Im Bezirk Ústí nad Labem war der flächendeckende Ausbau der KPTsch-Organisation, den Innemann im ersten Nachkriegsjahr vorangetrieben hatte, eine entscheidende Voraussetzung für diesen Erfolg. In den meisten Gemeinden gewann die KPTsch die dominierende politische Stellung. Lediglich in Strážovce (Strischowitz), Stebno (Stöben) und Zálezly erreichten die Volkssozialisten mit einem Stimmenanteil von 62,5, 43,62 und 41,97 Prozent überaus gute Resultate.

Ein wichtiges Ergebnis der Wahl war die Tatsache, dass nun die Nationalausschüsse nicht mehr paritätisch besetzt wurden, sondern gemäß dem durch die

gaben bei *Cvrk*, František: Volby v okrese Ústí nad Labem v letech 1923-1938 a rozbor jejich výsledků [Die Wahlen im Bezirk Aussig in den Jahren 1923-1938 und die Analyse ihrer Ergebnisse]. In: *Ústecký sborník historický* 1985, 363-453, und *Radvanovský*: Cesta ústeckých komunistů za vítězstvím 174-176 (vgl. Anm. 12).

¹²⁹ Die Analyse beruht auf den Angaben *ebenda*, und den Ergebnissen der Volkszählung von 1930 in: Ministerstvo Vnitřní a Státní Úřad statistický [Innenministerium und Staatliches Statistisches Amt] (Hgg.): *Statistický lexikon obcí v zemi České* [Statistisches Gemeindelexikon des Landes Böhmen]. Praha 1930, 386-390.

¹³⁰ *Sláma/Kaplan*: Die Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei (vgl. Anm. 39) und *Sláma, Jiří*: Das Wahlverhalten der Neusiedler in der Parlamentswahl von 1946 in Böhmen. In: *Bohemia* 28 (1987), 377-382.

¹³¹ *Lazna*: Causes of the Communist Victory 155-157 und 207 f. (vgl. Anm. 4).

¹³² *Ebenda* 155, 202 f.

Wahl ermittelten Kräfteverhältnis. Mit der „undemokratischen“ Praxis sei es nun vorbei, jubelte der „Sever“ am 4. Juni 1946.¹³³ Die Folge war bekanntlich eine Machtverschiebung in den regionalen und örtlichen Nationalausschüssen zugunsten der KPTsch. In der Region Ústí nad Labem bestimmte sie von nun an mit den Sozialdemokraten die politische, wirtschaftliche und administrative Entwicklung fast unangefochten. Wie aber anhand der Schilderung des ersten Nachkriegsjahres gezeigt werden konnte, wurde durch das Wahlergebnis nur eine Lage festgeschrieben, die sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges fast ohne Widerstand der übrigen Parteien und unter Zustimmung eines großen Teiles vor allem der neu angesiedelten Bevölkerung herausgebildet hatte.

Fazit: Der Bezirk Ústí nad Labem als eine Speerspitze der KPTsch

Die Darstellung des ersten Nachkriegsjahres in Ústí nad Labem bietet einen ersten Eindruck und beruht auf wenigen Archivbeständen. Eine quellenfundierte Analyse wichtiger Faktoren wie die dominierende Rolle der Gewerkschaften in den Betrieben der Region, die innere Struktur der nichtkommunistischen Parteien, Details der Besiedlung im Bezirk und weitere Aspekte der Diktaturdurchsetzung ist noch zu leisten. Einige Thesen lassen sich dennoch formulieren. So wurde eingangs die Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden in der Entwicklung auf gesamtstaatlicher Ebene und im Bezirk aufgeworfen. Zunächst fallen die offenkundigen Gemeinsamkeiten auf: Die politische Struktur mit dem System der Nationalausschüsse entsprach im Großen und Ganzen der, die in Prag installiert worden war. Die politische Macht in den Nationalausschüssen auf der untersten Ebene war wie in den übergeordneten Organen nach dem Parteienproporz aufgeteilt, die Frontlinien zwischen den Parteien verliefen nach demselben Muster wie in Prag, und die KPTsch erlangte früh die Kontrolle über Schlüsselpositionen. Wie im übrigen Land gingen die deutsche Industrie und der deutsche Besitz in die Hände von Tschechen über, beherrschten extreme Ablehnung vor allem der deutschen Minderheit und eine nationalistische Haltung die Atmosphäre.

Die Unterschiede zwischen den Verhältnissen in der Region und denen im gesamten Staat sind in der Ausprägung zu sehen: Vor allem im Grenzgebiet wurden die Grundlagen der neuen tschechoslowakischen Gesellschaft gelegt, hier entwickelten sich viele für die Machtdurchsetzung entscheidende Faktoren früher und stärker als in der Prager Zentrale. Während dort von Beginn an alle zugelassenen Parteien in der Provisorischen Nationalversammlung und in der Regierung vertreten waren, herrschte in den Grenzgebieten infolge der vorhergehenden nationalsozialistischen Herrschaft ein politisches und aufgrund der Vertreibung der Deutschen auch ein demographisches Vakuum. Wem es gelang, dieses Vakuum zu füllen und die neuen Strukturen zu formen, der besaß die Chance zur Kontrolle der politischen Verhältnisse und großen Einfluss auf die gesamtstaatliche Entwicklung. Da die KPTsch dies früh erkannte und für sich zu nutzen wusste, machte sie das Rennen.

¹³³ Sever vom 4.6.1946.

Die in der Forschung oft genannten Erklärungsmuster, die Wahlen 1946 seien bereits aufgrund der Wahlgesetze und des Verbotes der ehemaligen Agrarpartei sowie anderer Faktoren wie der Streichung ‚national unzuverlässiger‘ Personen von den Wahllisten nicht als demokratisch zu bezeichnen und könnten somit nur eingeschränkt als Ausdruck eines freien Willens der Wähler gelten,¹³⁴ und außerdem sei die Erfahrung des Versagens der Ersten Tschechoslowakischen Republik und der Zeit der NS-Besatzung¹³⁵ für den KPTsch-Erfolg ein ausschlaggebender Faktor gewesen, sind zwar zu einem großen Teil zutreffend, aber für die Vorgänge im Bezirk Ústí nad Labem meines Erachtens zu pauschal. Die Deutung des Wahlsieges sollte vielmehr um einige Gesichtspunkte ergänzt werden, um das Zusammenspiel verschiedener Entwicklungen genauer erfassen zu können.

Einer der wichtigsten Gründe für den dortigen hohen Wahlsieg der KPTsch ist vor allem in dem forcierten Aufbau ihrer Parteistrukturen zu sehen. Die Kommunisten bildeten gezielt Partei- und Betriebsorganisationen in Gegenden, die vorher auf der politischen Landkarte der Tschechoslowakei allenfalls für die deutsche Minderheit eine Rolle gespielt hatten und die anderen Parteien offensichtlich nur bedingt interessierten. Im Bezirk waren die kommunistischen Agitatoren allgegenwärtig, und die von der KPTsch inszenierten Massenversammlungen bestimmten im Wahlmonat (und zuvor) das Bild. Die Zielgruppe bildeten die Neusiedler, die – überwiegend jung und meist aus einkommensschwachen Verhältnissen – ihrerseits daran gingen, sich ihr eigenes Leben aufzubauen, und die in den Kommunisten einen Partner zu finden glaubten, der zu ihrer sozialen Sicherung beitragen konnte.¹³⁶ Dass der Ausbau der KPTsch-Position gelang, ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen: auf die Unfähigkeit der anderen Parteien, auf die neuen Herausforderungen adäquat zu reagieren; den unbedingten Machtwillen der KPTsch und die Fähigkeit, personelle Ressourcen erst zu schaffen und dann einzusetzen; die (freiwillige) Zustimmung vor allem der Neusiedler zu einer nationalen und sozialistischen Politik, die ihnen Vorteile versprach, und nicht zuletzt die starke Dominanz der Industriearbeiterschaft, auf die sich die KPTsch durch ihre zahlreichen Betriebsorganisationen und Agitatoren einen direkten Zugriff verschaffen konnte.

Alle genannten Faktoren waren eng miteinander verbunden. Die anderen Parteien traten programmatisch und propagandistisch kaum in Erscheinung. Zum einen hatten sie an konkreten Vorschlägen für die Region weniger zu bieten, zum anderen dominierte die KPTsch ab dem Herbst 1945 mit ihrem Parteiorgan „Sever“ das

¹³⁴ Broklová, Eva: Volební zákony pro parlamentní volby 1946 v Československu [Die Wahlgesetze für die Parlamentswahlen 1946 in der Tschechoslowakei]. In: Stránkami soudobých dějin 76-92 (vgl. Anm. 53). – Dies. / Brokl, Lubomír: Od politické demokracie k totalitarismu. Volby 1946 – projev vůle lidu? [Von der politischen Demokratie zum Totalitarismus. Die Wahlen 1946 – Ausdruck des Volkswillens?]. In: Sociológia 23 (1991), 411-424.

¹³⁵ Eine gute Zusammenfassung von Gründen für den Wahlsieg der KPTsch gibt Lazna: Causes of the Communist Victory (vgl. Anm. 4).

¹³⁶ Junge Menschen erreichte die KPTsch auch auf gesamtstaatlicher Ebene. Vgl. Měchýř, Jan: Volby roku 1946 [Die Wahlen des Jahres 1946]. In: Dějiny a současnost 13 (1991) H. 2, 28-33.

Pressewesen im Bezirk. Mit der Entsendung erfahrener Politiker baute sie eine schlagkräftige Organisation auf, die das gesellschaftliche Leben viel stärker durchdrang, als es in der Hauptstadt Prag oder in mährischen Gebieten mit einer traditionellen Verankerung anderer politischer Parteien und der katholischen Kirche jemals möglich gewesen wäre. Der Schlüssel dazu war die politische, demographische sowie soziale und wirtschaftliche Neuordnung des Grenzgebietes. Diese Neuordnung benötigte ein Bindemittel, das in der gezielten Bildung einer nationalistischen Mentalität der ‚hraničáři‘ gefunden wurde. Die Botschaft der KPTsch lautete, die Grenzlandbewohner seien die Avantgarde des neuen tschechoslowakischen Staates, und sie allein vertrete deren Interessen.

Wenn Historiker und Publizisten häufig die These formulieren, die Kommunisten hätten besonderen Druck ausgeübt oder die Staatssicherheit sei ein wesentlicher Grund für die Machtdurchsetzung gewesen, so spielten diese Faktoren zumindest den ausgewerteten Quellen zufolge nur eine untergeordnete Rolle. Die in den Berichten der Staatssicherheit und in den Zeitungen angeführten Geplänkel vor den Wahlen sind keine ernst zu nehmenden Hinweise auf politischen Druck; dass zum Beispiel Menschen gegen ihren Willen zu einer Stimmabgabe für die KPTsch gezwungen worden wären, auch wenn dies besonders in kleineren Gemeinden der Fall gewesen sein mag, ist bisher nicht zu belegen. Laut Meinung eines ehemaligen volkssozialistischen Politikers war das Wahlgeheimnis gewahrt und das Wahlverfahren in Ordnung gewesen. Doch hätten sich die Menschen nicht dem allgemeinen Druck entziehen können, insbesondere im Grenzgebiet habe eine „massenhafte, kollektive Tyrannei“ geherrscht, und es sei den Kommunisten gelungen, eine „Angstpsychose“ zu erzeugen, ohne individuellen Terror anzuwenden.¹³⁷ Der größte psychologische und in einigen Fällen auch handgreifliche Terror gegen tschechische Mitbürger richtete sich in den Monaten zuvor aber ganz offensichtlich gegen altansässige Bewohner. Sie drohten schnell in den Ruf zu geraten, Freunde der Deutschen und damit ‚national unzuverlässig‘ zu sein. Der Pogrom von Ústí nad Labem im Juli 1945 ist zumindest in der Wirkung auch als Warnung zu interpretieren, keine abweichenden Meinungen zu vertreten.

Diese nationalistische Atmosphäre hatten alle politischen Parteien zu verantworten, sie war keine Erfindung der KPTsch. Sie vermochte sie allerdings besonders effizient zu ihrem Vorteil zu nutzen. Stärker als es zum Beispiel anhand ihres Wahlprogramms für die gesamtstaatliche Ebene festzustellen ist, argumentierte sie im Grenzgebiet ‚national‘. Ob die Kommunisten (und die anderen Parteien) damit nur auf in der Bevölkerung vorherrschende Meinungen reagierten und versuchten, diese für ihre Zwecke zu nutzen, oder ob sie umgekehrt diese Stimmungen erst hervorriefen oder zumindest verstärkten, gilt es noch zu erforschen. Zumindest erhob im Bezirk kaum ein Politiker seine Stimme, um mäßigend zu wirken. Zweifellos hätte die KPTsch ohne die Bereitschaft großer Teile der Bevölkerung, in diesem klar

¹³⁷ Klátil, František: *Republika nad stranami. O vzniku a vývoji Československé strany národně socialistické (1897-1948)* [Die Republik über den Parteien. Über Entstehung und Entwicklung der Tschechoslowakischen volkssozialistischen Partei (1897-1948)]. Praha 1992, 104 und 106.

formulierten Programm aus nationalistischen und sozialen Zielen ein attraktives Zukunftsmodell zu sehen, kaum die Wahlen auf so eindrucksvolle Weise gewinnen können.

Dies galt nicht nur für nordböhmisches Industrieregionen wie Ústí nad Labem, sondern auch für ländliche Gebiete in Südmähren.¹³⁸ In Regionen ohne die demographischen Veränderungen, die Präsenz der KPTsch und die gezielte Herausbildung einer neuen Mentalität blieben andere Parteien stark, konnten die Kommunisten – wie in der Slowakei – gar nicht erst stärkste politische Kraft werden.¹³⁷ Tatsächlich hatte die KPTsch im Grenzgebiet noch mehr als auf gesamtstaatlicher Ebene den Charakter einer ‚Volkspartei‘ angenommen.¹⁴⁰ Gerade dort zeigte sich aber auch, dass die Stärke der KPTsch die Schwäche der anderen Parteien war. Härtere Auseinandersetzungen auf Bezirksebene wären sicherlich möglich gewesen, aber keine Partei trug sie aus. Eines „großen Betrages“ – wie ihn Toman Brod für die gesamtstaatliche Ebene annimmt – bedurfte es für die KPTsch im Grenzgebiet also nicht, um erfolgreich zu sein.¹⁴¹

Am wichtigsten war somit auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens die unmittelbare Präsenz der Kommunisten: im politischen Leben wie in den Medien der Region, bei öffentlichen Veranstaltungen wie bei der Arbeit auf dem Feld. Der planmäßig und erfolgreich durchgeführte Aufbau der Parteiorganisation verankerte die Partei in jeder Gemeinde als feste, zuweilen auch als einzige ernst zu nehmende politische und gesellschaftliche Größe. Gerade hierin lag der Erfolg der KPTsch im Mai 1946 begründet, gerade hiermit hatte sie die Wahlen ‚schon vorher‘ entschieden – so, wie es die Kreisleitung der Partei als Losung ausgegeben hatte. Wie wichtig Bezirke des böhmischen Grenzgebietes wie Ústí nad Labem, in dem rund 55 Prozent der Wähler für die KPTsch stimmten, für den Wahlsieg der Kommunisten waren, wird im Vergleich mit den Stimmenanteilen innerhalb der Tschechoslowakei deutlich: In Böhmen gewann die KPTsch 43,26 Prozent, in Mähren/Schlesien 34,46 Prozent und in der Slowakei 30,37 Prozent der Wählerstimmen. Für Lazna waren die Wahlen „the single, the most important political event in Czechoslovakia before

¹³⁸ Vgl. z.B. *Dvořák, Jiří*: Jižní Čechy v období 1945-1946 (Pohraničí, odsun Němců a příchod osidlenců) [Südböhmen in der Zeit 1945-1946 (Grenzgebiet, Abschied der Deutschen und Ankunft der Neusiedler)]. In: Česko-slovenská historická ročenka 1996. Brno 1996, 59-65.

¹³⁹ *Fišer, Zdeněk*: Příprava a výsledky voleb v roce 1946 na Holešovsku a Bystřicku [Vorbereitung und Ergebnisse der Wahlen im Jahre 1946 in den Gebieten Holleschau und Bistritz]. In: Sborník prací moravských historiků 71-86 (vgl. Anm. 113).

¹⁴⁰ Siehe – bezogen auf die gesamtstaatliche Ebene – hierzu auch *Brenner, Christiane*: Über das Partei(un)wesen. Stationen einer Debatte im Dnešek 1946-1948. In: *Prečan, Vilém* unter Mitarbeit von *Milena Janišová* und *Matthias Roeser* (Hgg.): Překračování hranic aneb zprostředkovatel Bedřich Loewenstein. Jubilejní spis k 70. narozeninám evropského historika. Grenzüberschreitungen oder der Vermittler Bedřich Loewenstein. Festschrift zum 70. Geburtstag eines europäischen Historikers. Praha, Brno 1999, 51-64, hier 55.

¹⁴¹ *Brod, Toman*: Operace Velký podvod. Cesta československých komunistů k moci v letech 1945-1948 [Operation Großer Betrug. Der Weg der tschechoslowakischen Kommunisten zur Macht in den Jahren 1945-1948]. Praha 1990, Teil 1.

1948, an event which made the bloodless coup in 1948 possible.¹⁴² Bezirke wie Ústí nad Labem bildeten dabei eine Speerspitze der Kommunisten – ihre unangefochtene politische und gesellschaftliche Dominanz war dort bereits zwei Jahre vor dem ‚Siegreichen Februar‘ Realität.

¹⁴² *Lazna*: Causes of the Communist Victory 4 (vgl. Anm. 4).